192. Ausgabe • 37. Jahrgang — München, Mittwoch, 19. September 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27460, 23695. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 600000, auswärts M. 800000
Bezugsbedingungen siehe zweite Seite

Der Dollar 350 Mill. Sowjetmark und 300 Millionen Sowjetrubel

F. M. J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Tagesspiegel

Balkanwirren.
Absolute Diktatur Primo de Riveras.
Pressezensur in Spanien.
Eine neue „Abrüstungs"konferenz in Sicht.
Ein furchtbarer Taifun in Japan.
Neujahrsbotschaft des amerikanischen Präsidenten an die Hebräer.
Eberts neueste Verordnung.
Empörungen in Lörrach.
Staatskommissar Kreißelmayer als Störer des Gottesdienstes.
Italienische Divisionen vor Fiume.

*

Der Dollar 350 Millionen.

Wie Sachsen Deutschland entsittlicht

Die sächsische Regierung veröffentlichte in ihrem Amtsblatt folgende bezeichnende Kundgebung:

Behandlung der Sabotageakte im Ruhrgebiet bei Ausübung der Lehrtätigkeit in allen Schulen.

I. 687 Verf. Dresden, 8. Aug. 1923.

Nach dem Artikel 148 der Reichsverfassung ist in allen Schulen sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben.

Mit dieser Vorschrift wäre es nicht in Einklang zu bringen, wenn von Lehrern der verschiedenen Schulgattungen, von der Volksschule bis zur Hochschule, bei Ausübung ihrer Berufstätigkeit die wiederholt vorgekommenen sogen. Sabotageakte in dem von Frankreich und Belgien besetzten Gebiet verherrlicht würden. Eine Gesinnung, die den nationalen Kampf mit solchen Mitteln führt, widerspricht nicht nur dem Geist der Völkerversöhnung, sondern auch den Lebensnotwendigkeiten und besten Traditionen des deutschen Volkes. **Von den Sabotageakten werden Angehörige des französischen und belgischen Volkes betroffen, die an der Besetzung des Ruhrgebietes völlig unschuldig sind.** Die Bevölkerung im Ruhrgebiet aber, die in diesen Handlungen keine Stütze ihres Abwehrkampfes sehen kann, wird dadurch nicht nur der Gefahr verschärfter Gewaltmaßnahmen der Besatzungstruppen ausgesetzt, sondern auch in eine gefährliche Erbitterung gegen die Volksgenossen im nichtbesetzten Deutschland hineingetrieben. Es ist daher dringend geboten, daß die Lehrer aller Schulen bei jeder Gelegenheit auf das Verwerfliche und Schädliche der Sabotageakte hinweisen und in Unterricht und Erziehung sich stets von dem Geist der Völkerversöhnung leiten lassen.

Lehrer, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, werden zur Verantwortung gezogen werden.

Ministerium für Volksbildung.
Wirtschaftsministerium.

*

Die Weimarer Verfassung ist ohne Zweifel richtig ausgelegt worden. Die unschuldig betroffenen sind bloß französische Offiziere . . .

Die Betriebssteuer im besetzten Gebiet verboten

tu. **Oberhausen**, 18. Sept. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß infolge Benachrichtigung des Landesfinanzamts Düsseldorf die auf Grund des Gesetzes vom 11. August 1923 über die Besteuerung der Betriebe eingeführte sog. Betriebssteuer im besetzten Gebiete nicht erhoben werden darf.

Balkanwirren

Serbisch-bulgarische Krise — Erste Schüsse

tu. **Paris**, 18. Sept. Wie der „Temps" heute abend meldet, hat die amerikanische Regierung in Washington authentische Informationen darüber erhalten, daß von gewissen Mittelmeerhäfen (Italien?) aus Waffen für Bulgarien verladen worden sind, die über das Schwarze Meer in das Land eingeschmuggelt wurden. Bisher wurden nach Bulgarien geschickt: Munition, 250 000 Gewehre, 600 Geschütze, darunter 50 schwere Batterien, 4000 Maschinengewehre und 20 000 Maschinenpistolen, obwohl nach dem Vertrag von Neuilly die Bewaffnung der bulgarischen Armee auf ein bestimmtes Maß beschränkt ist. Der General Lagaroff, der Chef der bulgarischen Armee, soll geheime Verbindungen mit den mazedonischen Irredentisten unterhalten und beabsichtigen, deren Aktion mit legalen Truppen zu unterstützen. Die Irredentisten werden mit einer Aktion gegen Jugoslawien nicht mehr lange auf sich warten lassen, da angeblich Mussolini über ihre Untätigkeit bereits sehr ungehalten ist und gedroht haben soll, ihnen seine Unterstützung zu entziehen, wenn sie nicht sofort etwas unternehmen.

tu. **Paris**, 18. Sept. Der „Temps" kennzeichnet die serbisch-bulgarische Krise mit folgenden Feststellungen: Die jugoslawische Regierung ist davon unterrichtet worden, daß bulgarische Banden einen Einfall auf serbisch-mazedonischem Gebiete planen. Dieser Einfall war für den 10. September geplant, ist dann aber auf den 20. September verschoben worden. Um den Konflikt zu vermeiden, hat die jugoslawische Regierung eine Note nach Sofia gerichtet, in der Bulgarien mitgeteilt wird, daß die jugoslawische Armee diese Banden nötigenfalls auch auf bulgarischem Gebiete verfolgen werde. **Die bulgarische diplomatische Vertretung hat heute** bei den Ententeregierungen eine Demarche unternommen.

tu. **Paris**, 18. Sept. Die Zahl der auf serbischem Gebiet operierenden wohlbewaffneten Kommitatschi wird auf 8000 geschätzt. Sie stehen nahe der bulgarischen Grenze. Serbische Truppen sind in Nisch gesammelt worden und bewegen sich an der Eisenbahnlinie bei Caribad der bulgarischen Grenze zu. Flieger überwachen die Bewegung in Bulgarien. Einer von ihnen, der bulgarisches Gebiet überflog, ist bei Atunhis abgeschossen worden.

Italienische Truppen vor Fiume

tu. **London**, 18. Sept. Hier wird bekannt, daß vor Fiume vier italienische Divisionen versammelt sind. Die Entsendung eines italienischen Generals mit umfassenden Vollmachten hat in diplomatischen Kreisen Sensation hervorgerufen. Man befürchtet, daß sich Mussolini die Souveränität über Fiume sichern will, bevor der Völkerbund eingreift. Italienische Blätter lüften jetzt das bisher streng gehütete Geheimnis über die italienischen Truppenbewegungen an der jugoslawischen Grenze, die damit begründet werden, daß Italien vor Überraschungen geschützt sein müsse.

In Belgrad sind bereits wilde Gerüchte über die Vorgänge im Gange. So war gestern abend die Nachricht verbreitet, daß die Brücke zwischen Fiume und der von den Serben bewohnten Vorstadt Sussak gesprengt worden sei, doch liegen darüber authentische Meldungen nicht vor.

Eine neue „Abrüstungs"konferenz?

tu. **London**, 18. Sept. Nach einer Reuter-Meldung aus Washington hat die Regierung der Vereinigten Staaten Großbritannien, Frankreich und Japan einen Vorschlag auf Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz unterbreitet. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen dieses Mal — so heißt es in dem Bericht — eine Aussprache über das Problem des Stillen Ozeans und die Frage der Abrüstung der Untersee- und Luftfahrtflotte herbeizuführen.

Großbritannien verhält sich gegenüber der amerikanischen Anregung ziemlich unschlüssig, was man auf die britischen Pläne über den Schiffsbau in Singapore zurückführt. Auch Frankreich zeigt gegen den amerikanischen Plan Widerstreben, weil es durch die Konferenz einen Druck von außenher in der Reparationsfrage gewärtigt. Japan hat den amerikanischen Vorschlag angenommen.

Japans Unglück wird also zu einem neuen Druck auf das Land ausgenutzt werden.

Auch Coolidge

„Neujahrsbotschaft" des Präsidenten der Vereinigten Staaten

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Calvin Coolidge, hat durch Vermittlung des J.C.B. der amerikanischen Judenheit seine Glückwünsche zu dem nahenden jüdischen Neujahrsfeste übersandt. Das Schreiben des Präsidenten lautet: „Die Wiederkehr des Rosch-Haschonoh, des jüdischen Neujahrs, das in diesem Jahre auf den 11. September fällt, ist immer eine Erinnerung an die Schuld, die die moderne Welt gegenüber dem jüdischen Volk und seiner wundervollen nationalen Kultur abzutragen hat. Dieses Ereignis ist von Bedeutung nicht nur für die Bevölkerung des jüdischen Glaubens und der jüdischen Rasse, sondern auch für alle diejenigen, die etwas von den glänzenden geistigen Schätzen des Judentums übernommen haben und die der Dienste teilhaftig wurden, die die Juden der Welt zum Wohle aller erwiesen haben."

Aufstand gegen hebräische Diktatur

London, 18. Sept. Reuter meldet aus Jerusalem, daß die Aufständischen, die Amman am Sonntag umzingelt hatten, die Telephon- und Telegraphenleitungen abgeschnitten haben. Nach scharfem Kampfe wurden sie zurückgeschlagen und sind unter Zurücklassung von 82 Toten in südlicher Richtung geflohen. Eine weitere Meldung aus Jerusalem besagt, daß der Aufstand in Transjordanien durch die Truppen Abdullas unterdrückt wurde.

Schweden und Rußland

tu. **Moskau**, 18. Sept. Der Volkskommissar für Außenhandel, Krassin, hat dem Vertreter der russischen Telegraphen-Agentur mitgeteilt, daß die Sowjetregierung beschlossen habe, keine Bestellungen in Schweden vorzunehmen, da Schweden sich geweigert hatte, mit dem Sowjetverband einen Handelsvertrag abzuschließen. Das wird Schweden auch noch zu überwinden wissen.

Ein furchtbarer Taifun in Japan

tu. **London**, 18. Sept. Ein „Cablo"-Telegramm aus Kabe an die „Central News" besagt, daß der fürchterliche Taifun, der Japan seit einiger Zeit heimsucht, geradezu verheerend wirkte. Drei Flüsse sind aus den Ufern getreten, und mehrere Dörfer wurden von den Wogen hinweggeschwemmt.

Die Flüchtlinge haben besonders unter den Wolkenbrüchen zu leiden.

Die Seuchengefahr hat in den verwüsteten Gebieten außerordentlich zugenommen. Tokio und Yokohama haben gleichfalls sehr unter den Überschwemmungen zu leiden.

Poincaré spricht

tu. **Paris**, 18. Sept. Poincaré wird am nächsten Sonntag in Meurthe et Mouselle wiederum drei Kriegerdenkmäler einweihen und dabei **drei politische Reden halten.**

Auflösung der Schwatzbuden in Spanien

Primo de Rivera absoluter Diktator — Absetzung der Zivilgouverneure

tu. **Madrid**, 18. Sept. Primo de Rivera ließ dem König eine Verordnung unterzeichnen, nach der sofort alle Zivilgouverneure abgesetzt und durch militärische ersetzt werden sollen.

Man glaubt, daß die neue Regierung im Innern ihre Hauptaufmerksamkeit der Einführung besonderer ökonomischer Richtlinien für das Finanzgebahren des Staates widmen werde. Der einzige verantwortliche Minister wird Primo de Rivera selbst sein, dessen Verordnungen unmittelbare Gesetzeskraft haben werden.

tu. **Berlin**, 18. Sept. Während nach einer Pariser Meldung die „Daily Mail" aus Tanger erfahren haben will, daß der bisherige spanische Oberkommissar in Marokko, Silvara, der von Primo de Rivera abgesetzt worden ist, sich geweigert haben soll, diese Absetzung anzuerkennen und dazu hinzufügt, daß man sich auf interessante Ereignisse gefaßt machen könne, erhält die „Telegraphen-Union" direkt aus Madrid die Meldung, daß in ganz Spanien Ruhe herrscht und General Aicuru, der unter der alten spanischen Regierung Kriegsminister war, zum Oberkommissar in Marokko ernannt worden ist.

Pressezensur in Spanien

tu. **Paris**, 18. Sept. In einem Dekret, das vom König Alfons unterzeichnet wurde, wird der Belagerungszustand auf der ganzen Halbinsel bestätigt.

Primo de Rivera hat die Bezirksdirektoren zusammenberufen und ihnen Anordnungen über die künftige Handhabung der Pressezensur gegeben.

Sämtliche verfassungsmäßigen Garantien sind in ganz Spanien außer Kraft gesetzt worden.

Auflösung der spanischen Schwatzbuden

tu. **Paris**, 18. Sept. **Nach einer Havas-Meldung aus Madrid leidet König Alfons an einer starken Erkältung und kann sein Zimmer nicht verlassen. Der Monarch habe indessen verschiedene Beschlüsse unterzeichnet, unter anderem den, wonach das Parlament aufgelöst und den Beamten eine regelmäßige Ausübung ihres Dienstes zur Pflicht gemacht ist. Sie müssen in Zukunft pünktlich in den Bureaus um 9 Uhr morgens und um 2 Uhr nachmittags sich einstellen. Fremden Personen bleibt der Zugang zu den Bureauräumen untersagt.**

Garcia Prieto stellt sich freiwillig

San Sebastian, 18. Sept. Ministerpräsident Garcia Prieto hat an den General Primo de Rivera einen Brief gerichtet, in dem er ausführt, daß er sich von den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen reinwaschen wolle. Er verlange, unverzüglich von einem Gericht, gegen dessen Zusammensetzung er nichts einwenden werde abgeurteilt zu werden. Er beeile sich, mit seiner Familie nach Madrid zurückzukehren.

Eine Erklärung de Rivera

tu. **Paris**, 18. Sept. General Primo de Rivera hat nach dem Korrespondenten des „Echo de Paris" folgende Äußerung getan. Ich erfahre, daß der frühere Außenminister Alba, der sich zur Zeit in dem französischen Ort Biarritz aufhält, unsere Bewegung als deutschfreundlich bezeichnet hat. Diese Behauptung ist unerhört und er Person, die sie aufstellt, ähnlich. Wir haben das Militärdirektorium gegründet, ohne von seinen Mitgliedern besondere „Ideen" zu verlangen. Was mich anbelangt, so weiß jeder, daß ich während des Krieges franzosenfreundlich war. Ich habe das Kreuz der Ehrenlegion erhalten und bin stolz darauf. Ich habe die französischen Truppen siegreich in Paris einziehen sehen. Ich habe die unmenschlichen Methoden, deren sich die Deutschen während des Krieges bedienten, mit angesehen, und war stets überzeugt, daß Frankreich und die Verbündeten für die Verteidigung der Sache des Rechtes und der Gerechtigkeit kämpften.

„Deutsches" Reich

Die Mark unter dem Sowjetrubel

tu. **Berlin**, 18. Sept. **Die deutsche Mark ist bei ihrem wahnsinnigen Sturz in die Tiefe unter das Niveau des russischen Rubels gesunken. Um 11 Uhr vormittag nannte man den Dollar mit 350 000 000, während Rußland „nur" 300 000 000 Rubel für einen Dollar benötigt.**

Kommunistische Unruhen in Lörrach

tu. **Lörrach**, 18. Sept. Die kommunistische Bewegung im badischen Wiesenthal hat sich weiter ausgedehnt. Den Streikenden von Lörrach, Wiel, Friedlingen, Leopoldshöhe sind die chemischen Betriebe und andere Fabriken von Grönbach, Rheinfelden bis nach Waldshut hinaus beigetreten. Im Elektrizitätswerk Rheinfelden haben die Arbeiter auch die Stromzufuhr für das Kreisgebiet abgestellt. Kommunisten teilten gestern früh auf dem Markt in Lörrach mit, daß die Kommunisten die Franzosen herbeigerufen hätten, weil sich angeblich in der neutralen Zone Reichstruppen befinden. Die Stimmung in Lörrach selbst ist sehr bedenklich.

tu. **Lörrach**, 18. Sept. Da die Lage bedrohlich wurde, mußte schon am Sonntag die Sicherheitspolizei wesentlich verstärkt werden. Staatliche und städtische Gebäude wurden durch Drahtverhau gegen die Menge geschützt. Im Laufe des Montag wuchs die Zahl der Demonstranten immer mehr an, und die Menge nahm eine derart drohende Stellung gegen die Polizei ein, daß diese von der Waffe Gebrauch machen mußte. Ein Mann wurde getötet, neun Personen, darunter auch Frauen, wurden verletzt. Ein Fabrikbesitzer wurde von der Menge auf der Straße niedergeschlagen. Auch des Oberamtmanns von Schopfheim bemächtigten sich die Streikenden und hielten ihn einige Zeit in ihrer Gewalt.

Das alles sind weitere Vorboten des kommenden Chaos.

*

tu. **Lörrach**, 18. Sept. Die Schweiz hat infolge der Vorgänge in Lörrach den Grenzschutz nicht unwesentlich verstärkt. Vor allem sind die Grenzzugänge stark bewacht. Am Grenzübergang Lörrach—Basel haben sich junge Burschen postiert, die die Passanten kontrollieren, um, wie sie sagen, den Übertritt von Fabrikanten nach der Schweiz zu verhindern. Besser gekleidete Herren lassen sie nicht durch. Die Fabrikanten erklären, daß es ihnen nicht möglich sei, die Forderung der Streikenden auf sofortige Zahlung von 50 Schweizer Franken zu erfüllen. Infolgedessen fanden gestern nachmittag neue Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen statt.

Marxistenkrawalle

tu. **Plauen**, 18. Sept. Als am Sonntag abend die Plauener Teilnehmer am „Deutschen Tag" in Hof sich in geschlossenem Zuge von der Bahn nach der Stadt begeben wollten, versperrten ihnen Hundertschaften der bolschewistischen Verräter den Weg und verlangten, daß der Zug aufgelöst werde. Als dieses Verlangen abgelehnt wurde, kam es zu Tätlichkeiten, die zu einer allgemeinen Schlägerei ausarteten. Die Menge verstärkte sich durch Reisende und Ausflügler immer mehr und schwoll zu vielen Tausenden an. Die Polizei drängte die Menschenmassen in die Seitenstraßen. Erst gegen 10 Uhr abends trat allmählich Ruhe ein. Sechs Verwundete wurden ins Krankenhaus eingeliefert.

Zur Verabschiedung des Generals Epp

tu. **Berlin**, 18. Sept. Wie der „Deutschen Tageszeitung" vom Reichswehrministerium mitgeteilt wird, entspricht die Nachricht, daß der Kommandeur der bayerischen Reichswehr, General Epp, verabschiedet sei, nicht den Tatsachen. Wie wir erfahren, ist dies aber doch der Fall! Wozu diese „Dementis?„

Eine Verordnung gegen Steuer-„saboteure"

tu. **Berlin**, 18. Sept. Der Reichspräsident hat folgende Verordnung zur „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (ja, leben wir denn nicht in schönster novemberrepublikanischer Ordnung?) erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen dazu auffordert oder anreizt, einer Steuerpflicht oder der öffentlich-rechtlichen Verpflichtung zur Leistung von Geldern oder Geldeswert an das Reich, die Länder oder Gemeinden (Gemeindeverbände), nicht zu genügen, oder die Durchführung der Vorschriften auf andere Weise zu verhindern, wird, soferne nicht eine schwerere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafen bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbegrenzt.

§ 2. Wer öffentlich oder in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Zurückhaltung von Lebens- oder Futtermitteln, die zur Veräußerung oder Weiterveräußerung bestimmt sind, auffordert oder anreizt, wird, soferne er nicht schwerere Strafen verwirkt hat, mit Gefängnis nicht unter einem Monat und mit Geldstrafen bestraft. Das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbegrenzt. Als Lebens- oder Futtermittel gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

3. In den Fällen der Paragraphen 1 und 2 kann neben der Strafe auch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ferner ist angeordnet, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist. Diese Bekanntmachung kann auch an öffentlichen Plätzen angeschlagen werden.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündigung in Kraft.

Berlin, 15. Sept.
gez.: Ebert, Reichspräsident.

Und der arme § 48! Wozu er alles herhalten muß . . .

Herrn von Knilling zur Kenntnis

Die K.P.D. Thüringens verbreitet ein umfangreiches Flugblatt, dem wir folgendes entnehmen:

Arbeiter, Angestellte, Beamte
in Stadt und Land!

Die Thüringer Regierung ist gestürzt. Der Landtag hat ihr das Vertrauen entzogen. Sie ist an ihrer arbeiterfeindlichen Politik gescheitert. Sie hat das Versprechen, das sie der K.P.D. bei der Regierungsbildung gab, nicht eingehalten. Deshalb haben die Kommunisten ihr das Vertrauen entzogen.

Der Fascismus mit seinen Mord- und Geheimorganisationen in Thüringen erhebt immer frecher sein Haupt. Die Regierung hat das zugelassen. Die Jungdo- und Stahlhelmverbände haben völlige Bewegungsfreiheit. Sie hat die Arbeiterschaft zum Kampfe gegen den Fascismus nicht aufgerufen und organisiert!

Als proletarische Sicherungsmaßnahmen betrachtet die K.P.D.:

Bildung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften, aufgebaut auf den Betrieben, die zur Abwehr gegen fascistische Mordorganisationen im Ernstfalle von der Regierung zu bewaffnen sind. Die proletarischen Hundertschaften haben in Verbindung mit der Landes- und Ortspolizei die Durchführung der im Interesse der werktätigen Bevölkerung liegenden Regierungsmaßnahmen zu sichern.

Behördliche Anerkennung der von Arbeitern, Kleinhändlern und Kleinbauern zu bildenden Kontrollausschüsse, denen Exekutivgewalt und das Recht der Beschlagnahme zusteht. Die Kontrollausschüsse sind zentral in den Kreisen und im ganzen Lande zusammenzufassen. Sie haben die Lebensmittelversorgung und -verteilung in Verbindung mit den Gemeindebehörden und Genossenschaften zu regeln. Alle bürokratischen Organe des Staates und der Gemeinden unterstehen ihrer dauernden Kontrolle, die den Zweck hat, die Sabotage proletarischer Regierungsmaßnahmen zu verhindern.

Aufhebung aller Ausnahmeverordnungen, die die proletarische Bewegung behindern. Sofortige Freilassung und Amnestierung solcher Verfolgter, die im Interesse des proletarischen Befreiungskampfes tätig waren. Straffreiheit für Notdelikte und Verstöße gegen die §§ 218 bis 220 des R.Str.G.B.

Wie denkt Herr von Knilling sich jetzt den Kampf?

Staatskommissar Dr. Kreißelmayer als Störer des Gottesdienstes

Unser Bruderblatt in Augsburg, „Die Sturmglocke", schreibt:

Herr Pfarrer Breit der protestantischen St. Ulrichskirche, ein wort- und schriftgewandter Geistlicher, beliebt und von seltenem sozialen Pflichtgefühl erfüllt, kam in seiner Predigt auf die Not unserer Zeit zu sprechen und in besonderem auf die z. Z. akuten Steuergesetze, deren Vollzug unter Umständen den Arbeitgeber in schwere Gewissenskonflikte bringen kann, wenn er das Wohl der Angestellten und Arbeiter mit dem Fortbestand des Betriebes abwägt. Der Geistliche bemerkte weiter: „. . . Der Staat, der bringt uns so weit, daß ein Bürger vor Gott einen Meineid schwören muß." Da ertönte aus der Richtung des Haupteinganges ein lauter, kräftiger Ruf: „Pfui!" Der Urheber, ein dort stehender Mann, verließ darauf die Kirche. Der Kirchenbesucher bemächtigte sich, wie leicht begreiflich, eine lebhafte Erregung, mehrere dieser verließen das Gotteshaus. Auf dem freien Platze vor demselben trafen sie den Pfuirufer laut schimpfend, gestikulierend, an, der mit Ausdrücken um sich warf: . . . Es sei ein Saustall, der Pfarrer fordere zur Steuersabotage auf . . . usf. Ein anwesender Polizeibeamter stellte den Radaumacher zur Rede und ermahnte ihn zur Ruhe, umsonst. Das Schimpfen ging weiter trotz der Nähe zweier Gotteshäuser und angesichts des Sonntages. Dieses Verhalten erregte bei den Kirchenbesuchern Abscheu und Entrüstung, die sich steigerte, so daß sich nun einer derselben, der sich angesichts solcher Perfidäten nicht mehr halten konnte, seinen Rohrstock nahm und dem Spektakelmacher einige wohlgezielte, kräftige Hiebe versetzte. Damit gab derselbe Ruhe. Der Polizeibeamte nahm den mit ungebrannter Asche Bedachten nunmehr mit zur Wache zur Feststellung der Personalien.

Soweit der Vorfall in der Hauptsache. Der Gottesdienst nahm inzwischen seinen Fortgang in aller Ruhe. Beim Hinausgehen des Pfuirufers aus dem Gotteshause bemerkte Pfarrer Breit noch: „. . . Der hinausgegangen ist, ist auch einer, der den Staat untergraben hilft . . ." Später kam der „Hinausgegangene" (nach Feststellung der Personalien) nochmals in die Kirche (!!!).

Welche Personalien wurden nun bei dem Pfuirufer auf der Polizei festgestellt? Der Fachmann staunt, und der Laie wundert sich. Man höre und buchstabiere jedes einzelne Wort nach dem Alphabet. Als kein Geringerer stellte sich der Pfuirufer heraus als der „Staatskommissar der Regierung von Schwaben und Neuburg, Herr Dr. Kreißelmayer . . ."

In München aber wettert Herr von Knilling gegen die Steuern. Die Bayer. Volkspartei, wie sie leibt und lebt und — stirbt.

Vorwärts

Aus Danzig wird uns geschrieben:

Die „Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft" hatte zu Donnerstagabend nach dem großen Saale des Schützenhauses eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Senator Jewelowski (Jude) sowie der Chefredakteur der „Danziger Zeitung", Dr. Karl Eugen Müller, der früher in München war, über „Wirtschaft und Währung" und „Die Parteien und die kommenden Wahlen" sprechen sollten.

Der große Schützenhaussaal war gedrängt voll und herrschte darob große Freude bei dem Vorstande der „deutschen" Partei, die eine Verschmelzung der früheren wirtschaftlichen Vereinigung und der „deutsch"-demokratischen Partei ist. Der Vorstand sah sich nachher jedoch arg getäuscht, da fast 90 Prozent der Zuhörer Gegner der Partei waren. **Etwas wesentlich neues, was nicht schon jedem bekannt war,** konnten die beiden Redner nicht vorbringen. Auf verschiedene Zwischenrufe antwortete Dr. Müller, daß nachher eine freie Aussprache stattfände, in der jeder zum Wort kommen könne.

In dieser Aussprache leuchteten auch mehrere Redner der Deutschsozialen Partei die Einberufer gehörig heim. Nachdem eine Reihe Diskussionsredner gesprochen hatten, erteilte der Vorsitzende dem Referenten Dr. Müller das Schlußwort, obwohl die Rednerliste noch gar nicht erledigt war. Darauf erhob sich aus den Reihen der Anwesenden energischer Protest, bei dem besonders zum Ausdruck gebracht wurde, daß sich der völkische Dr. Wittig ebenfalls zum Wort gemeldet habe und auch sprechen müsse. Da der Vorstand der „deutschen" Partei anscheinend kein gutes Gewissen hatte, wollte er niemand mehr zum Wort kommen lassen. Diese Vergewaltigung ließen sich die Anwesenden nicht gefallen, so daß Dr. Müller seine Schlußpredigt nicht halten konnte. Der Vorstand hob schleunigst die Versammlung auf und verschwand fluchtartig hinten über die Bühne. Da die Zuhörer noch im Saale verblieben waren, gebot der Vorsitzende der Deutschsozialen Partei, Herr Hohnfeld, Ruhe, die bei ihm schneller eintrat, wie bei dem Vorsitzenden der „deutschen" Partei, und Herr Dr. Wittig richtete einige kerndeutsche Worte an die Anwesenden, die in einem begeistert aufgenommenen Heil auf Hitler endeten. Unter Absingen des Ehrhardtliedes verließen die Anwesenden dann geordnet und in voller Ruhe den Saal.

Die Deutsche Partei für Fortschritt und Wirtschaft hat also mit dieser Versammlung, die zu Agitationszwecken für die am 18. Novbr. d. J. stattfindenden Volkstagswahlen dienen sollte, ein klägliches Fiasko erlitten.

Drei Zeichen

Seit dem ersten Tage des Bestehens unserer Partei und des Erscheinens unserer Zeitung haben wir betont, daß der politische Kampf, der sich heute in so chaotischer Form vor unseren Augen abspielt, im Wesen sich zeigen wird als ein Kampf zwischen der völkischen und der internationalen Weltanschauung. Im Sinne dieser Erkenntnis **haben wir uns mit allen Konsequenzen** zur völkischen Weltanschauung bekannt, alles unterstützt und begrüßt, was diesen Kampf für Deutschlands Freiheit stärken konnte und alles erbittert bekämpft, was sich ihm entgegenstellte oder aus Laubeit und Feigheit ihn nicht unterstützen wollte. Dieser Kampf schien anfangs aussichtslos, stand doch den wenigen Männern der organisierte Hochverrat vom 9. November gegenüber, unterstützt durch alle staatlichen Machtmittel, die zwar nicht ausreichten, um auswärtige Unterdrückungen dem deutschen Volke zu ersparen, wohl aber stark genug waren, um völkische Vereinigungen niederzutreten. Aber gerade in diesem einsamen Kampfe ist die völkische Bewegung stark und stärker geworden, und unser Glaube stellt sich heute als begründet und berechtigt heraus, daß die völkische Bewegung der Beginn eines neuen Tages ist und jugendfrische Kraft in sich trägt. Und während vor 3 oder 4 Jahren noch niemand von uns etwas wissen wollte, stehen heute drei Zeichen vor uns, welche uns zeigen, daß sowohl der offene Feind wie der heimliche Gegner zu ahnen beginnen, daß der Sieg in Deutschland der völkischen Bewegung beschieden sein wird. Aus diesem Grunde heraus sehen wir seit einiger Zeit die Kommunistische Partei einen Anbiederungsversuch nach dem andern mit uns machen. Radek-Sobelsohn hält Lobreden auf die Pflichttreue und Aufopferungsfreudigkeit eines Schlageter, um auf diese Weise sich Sympathie politisch urteilsloser Männer zu verschaffen, um sie unter „nationalbolschewistischer" Flagge unter seine Führung zu bringen, zum mindesten aber, um in die völkischen Reihen eine Zersetzung hineinzutragen. Wir haben uns von allem Anfang an gegen diesen Wahnsinn gewandt, denn wir wissen, daß, wenn es etwas Niederträchtiges auf der Welt gibt, es die anti-europäische jüdische Sowjet-Diktatur darstellt, und daß, wenn eine Personifikation des Gemeinen auf der Welt herumläuft, sie in der Person des Radek-Sobelsohn geboren wurde. Mit der schlauen Witterung eines geborenen politischen Spekulanten hat Radek-Sobelsohn die heranwachsende Macht gefühlt, und sie erscheint ihm gefährlicher als alle parlamentarischen Regierungen zusammengenommen. Er hat recht und er weiß genau, daß er und seinesgleichen, die Betrüger unserer gesamten Arbeiterschaft, im Augenblicke des Sieges unserer Bewegung nichts mehr zu lachen haben werden . . .

Und noch ein anderer kam vor einigen Tagen daherspaziert:

Herr Wilhelm Sollmann,

den wir in unserem gestrigen Aufsatz schon etwas unter die Lupe genommen haben. Der Führer einer Partei, die kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, winselte plötzlich in nationalen Tönen, sprach sein Verständnis für die nationalen Bestrebungen unserer Bewegung aus und beteuerte mit der Hand auf dem marxistischen Gewissen ein über das anderemal seine deutsche Gesinnung. Auch diesem Manne gegenüber erklären wir ein für allemal: Es wird nie der Tag kommen, da wir mit ihm und seinesgleichen an einem Tische sitzen und ihn als gleichberechtigt in einem Deutschen Reiche gelten lassen werden. Denn es ist selbstverständlich, daß in einem kommenden **deutschen** Staat die **Führer** der marxistischen Bewegung selbstverständlich jedes Staatsbürgerrecht verlieren, soweit sie nicht sowieso schon wegen Hochverrats vor ein deutsches Tribunal gestellt worden sind. Es werden dann die Zeiten zu Ende sein, wo man Hochverrätern und Deutschen im Namen der Ruhe und Ordnung eine Gleichberechtigung zuspricht. Das wollen wir Herrn Sollmann sagen, er wird es ja wahrscheinlich sowieso schon wissen, und sein Brief an die „Münchener Post" hat unserem Empfinden nach keinen anderen **Zweck gehabt, als die Rede Radeks über den von**

den Genossen des Herrn Sollmann steckbrieflich verfolgten Schlageter.

Und noch ein drittes Zeichen vermerken wir: Die letzte Rede des bayerischen Ministerpräsidenten

Dr. von Knilling.

Es wird wieder eine Reihe von unverbesserlichen Spießern geben, welche nach dem Lesen dieser Rede sagen werden: Der bayerische Ministerpräsident ist doch ein charakterfester nationaler Mann, er spricht beinahe so wie Hitler; wir können uns also auf ihn verlassen. Diesen Leuten ist zu sagen: Ohne Adolf Hitler wäre Bayern Schritt für Schritt immer mehr in die Demokratie verfallen und nie hätte Herr von Knilling riskiert, eine solche Rede zu schwingen wie vor 8 Tagen in Tuntenhausen. Man lese die Reden des Grafen von Lerchenfeld, man lese dann aufmerksam die Rede des Herrn von Knilling und man halte sich vor, daß alle beiden Herren Führer der Bayer. Volkspartei sind, um ganz zu ermessen, welchen erzwungenen Ruck die Bayer. Volkspartei auf den Druck der völkischen Bewegung hat machen müssen, denn gewollt haben sie ihn nicht. Im Gegenteil, die Bayer. Volkspartei hat im Verunglimpfen der völkischen Bewegung sich viel niederträchtiger erwiesen als die Sozialdemokratie und mancher „Fromme" hat sich nicht gescheut, selbst die Pfarrer mobil zu machen, um auf dem Lande mit konfessioneller Hetze gegen uns zu arbeiten, Adolf Hitler als Protestanten hinzustellen, welcher die Absicht habe, die katholische Kirche zu stürzen und solche Dinge mehr. Wenn wir uns von diesem Standpunkt aus die Rede des Herrn von Knilling betrachten, ohne zu seinen subjektiven Gefühlen Stellung zu nehmen, so fallen uns einige Stellen auf. Herr von Knilling sagt: „Möglicherweise können schon in Bälde Ereignisse heraufziehen, welche ein Zusammenraffen aller vaterländisch eingestellten Kräfte gebieterisch erheischen. Für diesen Fall ist ein vertrauensvolles Zusammengehen der vaterländischen Verbände mit einer national denkenden und handelnden Regierung nicht zu entbehren." Mit diesen Worten ist etwas eingetreten, was wir wiederum seit Jahr und Tag der bayerischen Regierung gesagt haben: Es wird die Zeit einmal kommen, da ihr aus Furcht vor dem Bolschewismus die völkischen Verbände werdet bitten müssen, euch zu Hilfe zu kommen dieselben völkischen Verbände, welche ihr nach Möglichkeit unterdrückt und auf gleiche Stufe mit dem hochverräterischen Bolschewismus gestellt habt!

Es ist nicht so lange her, und wir wiederholen es immer wieder, daß am 1. Mai die Fahne des Geiselmordes ungehindert durch die bayerische Regierung durch die Straßen Münchens zog, daß aber am 14. Juli das Hakenkreuzbanner und die deutsche Kriegsflagge mit blanker Waffe angefallen wurden; nur, damit die sogenannte Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten, in Wirklichkeit aber Fäulnis und Feigheit vor dem Kommunismus aufrecht erhalten blieb. Mit den letzten Worten seines Satzes will Herr von Knilling die bayerische Regierung als eine „nationalhandelnde" bezeichnen und merkt wohl nicht den blutigen Hohn, mit dem er Herrn Schweyer überschüttet hat. Und wenn er hinzufügt, wahres Vertrauen müßte gegenseitig sein, so müssen wir sagen: Das bayer. Innenministerium hat seit Jahr und Tag uns gegenüber fast nichts anderes getan, als dieses Vertrauen, das ihr entgegengebracht wurde, zu untergraben. Und wenn Herr von Knilling sagt, das Vertrauen der Regierung zum vaterländischen Volk setze voraus, daß die bayerische Regierung nicht von den vaterländischen Verbänden angegriffen werde, so haben wir darauf zu erwidern: Das Vertrauen der völkischen Bewegung zur bayerischen Regierung setzt voraus, daß sie den Bolschewismus als das bezeichnet, was er ist, als Hochverrat am Deutschen Reiche, daß die Führer dieser hochverräterischen Bewegung sofort hinter Schloß und Riegel gesetzt werden und ihnen der Prozeß gemacht wird. Das Vertrauen zur bayerischen Regierung setzt voraus, daß diese sofort die Todesstrafe für Wucherer und Schieber einführt, und es setzt voraus, daß der völkischen Bewegung, die bisher von der bayerischen Regierung auf Schritt und Tritt gehemmt wurde, eine freie Organisationsarbeit ermöglicht wird. Mit anderen Worten: an Stelle des demokratischen und bolschewistischen „Rechts" soll das deutsche Recht treten, und alles, was die Ruhe und die Ordnung dieses deutschen Rechtes stört, muß rücksichtslos niedergeschlagen werden. Geschieht das wieder nicht, dann sind auch die Reden des bayerischen Ministerpräsidenten nichts als faule Sprüche gewesen, nur dazu angetan, den halbaufgewachten Spießer wieder einzuschläfern, ähnlich wie die schönen Worte des verflossenen Reichskanzlers, Dr. Cuno, die dieser auf seinen Wanderreden gesprochen hatte, um sich dann vom Marxismus einfach hinwegwischen zu lassen.

Wie weit Herr von Knilling zunächst noch von jedem energischen Willen entfernt ist, zeigt der Schluß seiner Rede, wo er erklärte: „Unüberbrückbar stehen sich in Deutschland die Weltanschauungen gegenüber. Hier die nationale, germanische, christliche und dort die internationale, marxistische, materialistische. Der Kampf zwischen diesen beiden grundverschiedenen und unversöhnlichen Weltanschauungen wird früher oder später ausgetragen sein." Und wenn man nun aus dieser Erkenntnis die notwendigen Schlußfolgerungen aus dem Munde des bayerischen Ministerpräsidenten erwarten sollte: daß er bereit sei, für diese Erkenntnis sofort einzutreten und den Kampf auch durchzuführen, da erklärt der bayerische Ministerpräsident, angesichts der hochverräterischen Hetze des gesamten Marxismus und angesichts der offenen Provokation des sächsischen Ministerpräsidenten und angesichts der offenen Vorbereitungen zum Bürgerkriege plötzlich: „Dafür bedarf es nicht eines blutigen Bürgerkrieges, wie viele meinen, es genügt, wenn die vaterländische Bewegung in Deutschland so erstarkt, daß Gegenströmungen gegen sie nicht mehr aufkommen können." Wie sich Herr von Knilling dieses Erstarken denkt, ist uns unklar. Etwa so, daß man, wenn große nationale Kundgebungen, wie etwa das Deutsche Turnfest, stattfinden, wo 200 000 vaterländisch gesinnte Menschen hinkommen, der völkischen Bewegung das Abhalten von großen Versammlungen, Kundgebungen und Umzügen verbietet und mit dem Säbel dreinfahren läßt, wenn deutsche Turner doch das Banner des deutschen Freiheitskampfes tragen? Ist es aber nicht so, daß der gesamte Marxismus vor der vaterländischen Bewegung nur dann Respekt hat, wenn er weiß, daß er sich beim Zusammenstoß nur einen blutigen Kopf, wenn nicht etwas Schlimmeres, holen kann. Über die Schlußfolgerungen aus Knillings „sonst guten" Worten wird man im Lager der „Roten Fahnen" sich den Bauch vor Lachen halten und sagen: Der Herr Ministerpräsident von Knilling ist in der Bekämpfung des von ihm selbst als weltanschaulich unversöhnlich bezeichneten Marxismus ein ganz ungefährliches Männchen . . . Herr von Knilling aber stößt immer wieder die völkischen „Abenteurer" vor den Kopf, anstatt wie es seine Pflicht wäre, der deutschen Freiheitserhebung freie Bahn zu schaffen.

Radek, Sollmann, Herr von Knilling, sie alle spüren das Nahen einer neuen Zeit, sie alle wollen diese neue junge Kraft entweder zersetzen oder für sich einspannen. Sie mögen aber getrost sein; der marxistisch-jüdische Feind muß vollständig unschädlich gemacht werden auf immer, und die widerstrebenden Gegner haben sich dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes mit allen Konsequenzen unterzuordnen, aber nicht zu verlangen, daß, solange sie selbst nicht auf dem Boden der völkischen Weltanschauung und des völkischen Kampfes mit allen seinen Folgerungen stehen, sich die Freiheitsbewegung ihnen zu unterstellen vermag. Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß das Volk nicht für den Ministerpräsidenten, seine Partei und ihre Hintermänner, sondern der Ministerpräsident für die Volksinteressen da ist. Herr von Knilling soll erst wieder auf die Rednertribüne treten, nachdem er das erfüllt hat, was dem entspricht.

A. R.

Letzte Nachrichten

Sprüche über „wertbeständiges" Geld

tu. **Berlin,** 18. Sept. Zu dem soeben fertiggestellten Entwurf eines wertbeständigen Geldes gab Hilferding noch Erläuterungen. Bei der gegenwärtigen Entwicklung unserer Wirtschaftsverhältnisse wird es nur möglich sein, eine wertbeständige Währung zu schaffen, wenn das Defizit im Reichshaushalt beseitigt wird oder in absehbarer Zeit beseitigt werden kann. Während im Frieden der Goldumlauf rund fünf Milliarden betrug, stellt der heutige Papiergeldumlauf, in Gold umgerechnet, etwa 100—150 Goldmillionen dar. Daß die deutsche Volkswirtschaft mit diesem minimalen Betrag auskommt, ist wohl darauf zurückzuführen, daß sich der Umlauf in außerordentlich schnellem Tempo vollzieht, außerdem wohl ein ganz erheblicher Teil von Devisen innerhalb der Wirtschaft vorhanden ist.

Goldnotenbankentwurf fertiggestellt

Vom Reichsfinanzministerium wird mitgeteilt, daß die Arbeiten für die Schaffung eines wertbeständigen Geldes so weit gefördert sind, daß der Entwurf vorliegt.

Die Reichsbank wird von den Staatsfinanzen völlig losgelöst und dadurch in den Stand gesetzt werden, die Funktionen einer Goldnotenbank für das Wirtschaftsleben im vollen Umfange zu erfüllen. Reichsschatzscheine werden bei der Reichsbank nicht mehr diskontiert, so daß eine ungedeckte Vermehrung des Papiermarkumlaufes nicht mehr stattfindet. Für eine Übergangszeit bis zur Balanzierung des Reichshaushaltes gibt eine neuzuschaffende Bank Noten aus, die durch eine Goldverpflichtung der privaten Wirtschaft (Landwirtschaft, Industrie, Handel und Banken) auf Grund des Wehrbeitragswertes sichergestellt werden. Diese Noten werden gesetzliche Zahlungsmittel. Die Papiermark wird Scheidemünze der neuen Note, in der sie zu einem bestimmten Kurs einlösbar sein wird.

Gleichzeitig wird nach einem bereits vorliegenden Finanzprogramm die stärkste Einschränkung der Ausgaben im öffentlichen Haushalt erfolgen. Bei der Wertbeständigkeit der Einnahmen wird eine größere Ergiebigkeit der Steuerquellen und damit eine fortschreitende Deckung der Ausgaben erzielt werden.

Die Danziger Währung. Nach der „Danziger Zeitung" werden als Vorläufer der neuen Danziger Währung am nächsten Freitag Industrieschecks zur Ausgabe gelangen. Es sollen Scheine von 10, 20 und 50 Goldpfennigen, 1, 2, 2,10—½ Doll. — und 4,20 M. — 1 Doll. — ausgegeben werden.

Krämpfe der badischen Regierung

tu. **Karlsruhe,** 18. Sept. In einer amtlichen Erklärung der badischen Regierung, in der auf die Demonstrationen und Teuerungsunruhen in Baden Bezug genommen wird, wird den Reden gewisser Agitatoren gegenübergestellt, daß die badische Regierung bei der Reichsregierung stets für eine dem gesunkenen Geldwert entsprechende Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung eingetreten ist. Das Finanz- und Arbeitsministerium setzten stets ihre ganze Kraft dafür ein, um die für soziale Zwecke täglich notwendigen Milliarden rechtzeitig flüssig zu machen. Wenn aber durch Unruhen der geordnete Gang der Staats- und Gemeindeverwaltung unterbunden wird, heißt es in der Erklärung, so wird auch damit jede Möglichkeit der Unterstützung genommen. Die badische Regierung erklärt, die Arbeiter dürften nun auch überzeugt sein, daß von seiten der Reichsregierung alles geschieht, um den Ruhrkampf möglichst rasch zu beenden.

Und dann?

Ein Riesenbrand

tu. **Donaueschingen,** 18. Sept. Im benachbarten Wolferdingen brach heute im Sägewerk des Strobelwerkes Feuer aus. Bei dem herrschenden Sturm gewann es mit großer Schnelligkeit an Ausdehnung. Viele Häuser und Wirtschaftsgebäude wurden eingeäschert. Zwei Kinder werden vermißt.

Die Kohlenlieferungsverhandlungen mit Frankreich gescheitert

tu. **Coblenz,** 18. Sept. In Coblenz haben Verhandlungen zwischen der Rheinlandskommission, den Gemeinden und Industrievertretern über die Wiederaufnahme der nicht für Frankreich in Betracht kommenden Produktionen des besetzten Gebietes stattgefunden. Diese Verhandlungen sind gescheitert an der Haltung der Franzosen in der Kohlenfrage, insbesondere der Zahlung der Kohlensteuer. Die Franzosen glauben, daß sie es nicht mehr nötig hätten, Konzessionen zu machen, da wir sie ihnen freiwillig von selbst anböten.

Die Smeetsverräter

Aachen, 18. Sept. Am gestrigen Sonntag hielten Sonderbündler, wie schon am vorhergehenden Donnerstag, Versammlungen ab. Vor und nach diesen kam es zwischen Sonderbündlern und der Bevölkerung zu Zusammenstößen, bei denen 2—3 Personen aus der Menge durch Schüsse verletzt sein sollen. Ein Sonderbündler erhielt eine schwere Verletzung durch einen Messerstich.

Belgischer Panzerautoangriff auf einen englischen Posten

tu. **Berlin,** 18. Sept. Aus dem besetzten Gebiet wird folgendes mitgeteilt: In Frechen bei Köln brach vor kurzem ein Streik aus, der mit einer Niederlage der Streikenden endigte. Die Engländer, die sich einmischten, wiesen vier der Haupträdelsführer aus. Diese begaben sich in das benachbarte belgische Okkupationsgebiet, kamen jedoch heimlich nach Frechen zurück. Die Engländer erhielten hiervon Mitteilung und sperrten die vier Rädelsführer ein. Vor dem Verwahrungsraum wurde ein Posten aufgestellt. Mitten in der Nacht kamen die Belgier mit einem Panzerauto und einem großen Mannschaftsaufgebot und befreiten die vier Verhafteten, die der Kommunistischen Partei angehören. Die Veröffentlichung dieses Vorfalles in den Blättern des besetzten Gebietes wurde von den Engländern verboten. Der Vorfall ist ein Zeichen dafür, was sich Engländer heute alles gefallen lassen.

Aus München

Wieder Bierpreiserhöhung. Ab Mittwoch, den 19. September, 1 Liter ohne Getränkesteuer: Vollbier dunkel 8,6 Millionen, Vollbier hell 8,8 Millionen, Exportbier dunkel 11 Millionen, Exportbier hell 11,4 Millionen, Märzenbier 13 Millionen Mark. Hierzu kommt die 5 Prozent betragende gemeindliche Getränkesteuer.

Münchener Beobachter

Der Bierpreis-Arithmetiker

Was man unserer gegenwärtigen Zeit alles Schlechtes nachsagt, das geht schon wirklich in kein Sündenregister mehr. So was an Entsittlichung und Demoralisierung war doch schon lange nicht mehr da. Ich bin wirklich bald geneigt, vergleichsweise bis ins biblische Zeitalter zurückzugreifen, als Sodom und Gomorrha das Tagesgespräch der Zeitgenossen Abrahams war. Daß bei uns Jüngeren der strenge Lebenswandel, der uns einmal eigen gewesen sein soll, in die Brüche gegangen ist, ist zwar bedauerlich, aber immerhin begreiflich. Man ist eben ein Kind seiner Umgebung und gegen ihre Umwelt können die wenigsten an.

Soweit wäre also der Entwicklungsgang noch erträglich. Was soll man aber dazu sagen, wenn jetzt selbst ehrenfeste Männer, die sogar in Zeiten des Überflusses jahrzehntelang selbst genügsam und sparsam durch das Leben schritten, und nun ihren Enkelkindern ein Muster katonischer Sittenstrenge sein sollten, diesem Demoralisationstaumel erliegen?

Mit dieser moralischen Entrüstung im Herzen nahm ich mir vor, dem alten Herrn, an dessen Lebensführung ich als anständiger Mensch in letzter Zeit Anstoß nehmen mußte, meine Meinung zu sagen. Er ist, seit ich lebe, in der ganzen Nachbarschaft bekannt als ein solider und nüchterner Mann, der jeder Leidenschaft aus dem Wege ging, schon deshalb, weil sie ihm zuviel Geld gekostet hätte. Er war nämlich sparsam, so sparsam, daß die bösen Leut' schon g'sagt ham: „Dös is a kniggater Tropf" oder aber „an größern Ruach gibt's do nimmer". Das war der Charakter dieses ehrwürdigen Mannes.

Und nun, wer hält es für möglich? Seit einiger Zeit hat er sich, sage und schreibe — dem Suff ergeben. Jede Woche ein paarmal hat er einen regelrechten Rausch. Noch dazu so einen ordinären Bierrausch, der immer etwas Unappetitliches an sich hat.

Ist das nicht abscheulich? Jeder wird es also begreifen, daß ich mich da ins Mittel legte. Natürlich taktvoll und mit Schonung. Als der Alte eben auf seinem Abendausgang begriffen war, laufe ich ihm in die Quere, knüpfe einen Dischkurs an, und meine schließlich: „Wissen S', Bier trink' i jetzt überhaupt koans mehr. Ich mach die Wurzerei der Brauereien nimmer mit. Die soll'n 's Geld aus der Tasch'n stehln, wem 's mög'n. — „Da ham S' scho recht, Herr Spirifankerl, ma muaß spar'n, wo ma no grad ko. I hab' no nia vui Bier trunka. Regelmäßig mei Maß im Tag. Jetzt aber leid't's dös nimmer, bei dera Lumperei vo dö Brauereien." — „Mir scheint aber doch, als wenn . . .", wollte ich da etwas deutlicher einwenden. — „Als wenn i 's Bier no gern mög'n tat", ergänzte mich da der Alte. „Ja, warum denn nöt? Jetzt schmeckt's mir grad erst recht. Seh'n S' heut is wieder so a Tag. Heut kost' d' Maß no a Million, morg'n kost's scho beinah fünfe. I bin do net so dappe und laß dös hint'. Statt daß i morg'n bloß oane trink, trink' i heut fünfe. Rechnen S' Eahna amal aus, was i bei dem jetzigen zweimaligen neuen Bierpreis in der Woch daran scho verdient hab'. Heut alloa scho vier Maß Bier."

Gegen diese ziffernmäßige Beweiskraft konnte ich wirklich nicht an. Ich redete von etwas anderem, und das Ende vom Liede war, daß ich mit meinem Bierpreis-Arithmetiker im „Blauen Bock" landete, um mir gleichfalls die vier Maß „Freibier" zu sichern. Und im „Blauen Bock" war'n mehra solchene, die immer no g'schrian ham: „Marie, bring' ma no a Maß vom billigen."

Als ich um Mitternacht mit einem schweren Kopf und einem sog. „Moralischen" heimwalzte, kamen mir Bedenken, ob nicht am Ende doch diese Bierpreis-Arithmetiker die Gefoppten und die Brauereien die Schlaueren sind. Scheinbar doch, weil es den Brauereien bei dieser Bierpreispolitik so gut geht.

Spirifankerl.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die nördliche Depression zieht in der Richtung des Golfstromes ab, schleppt aber zwei südliche Ausläufer nach, deren einer heute in den frühen Morgenstunden unser Gebiet bereits passiert hat. Wie bei den Depressionen der letzten Zeit überhaupt, war auch für diesen Fall die Regenergiebigkeit außerordentlich gering, während die sonstigen Symptome: Einfall böiger westlicher Winde, Temperaturrückgang, entsprechender Druckanstieg voll vertreten waren.

Der Durchgang des zweiten Ausläufers steht noch im Laufe des heutigen Tages bevor. Voraussichtlich wird die Niederschlagsmenge wieder nur gering sein.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 19. September: Dienstag Durchzug noch weiterer gewitteriger Störungen, Mittwoch voraussichtlich wieder Besserung.

*

Generalfeldmarschall v. Hindenburg wird am 19. September seinen Erholungsaufenthalt in Oberbayern beenden und nach Hannover zurückkehren.

Neue Semmel- und Brotpreise. Die Bezirksvereinigung Münchener Bäckermeister hat in der am Montag im Kreuzbräu stattgefundenen Versammlung ab Dienstag folgende Preise beschlossen. 1 Semmel 350 000 M., 1 Pfund markenfreies Brot 3 Millionen.

Verdorbenes Mehl. Wie wir erfahren, stehen in dem Möbeltransportgeschäft Weitsch in der Arnulfstraße ein Möbelwagen mit Zucker und je zwei mit Mehl vollbeladen. Durch Würmer ist die Hälfte Mehl in dem einen Wagen derart verdorben worden, daß es soeben weggeschüttet werden mußte. Wir erwarten von dem Landeswucheramt, daß es unverzüglich dieser Sache nachgeht. Unerhört ist es, daß Tausende und aber Tausende am Hungertuche nagen und dabei Mehl massenhaft durch Nachlässigkeit und schlechte Behandlung verdorben wird. Wem mögen wohl die zwei Wagen Mehl und der Wagen Zucker gehören?

Die Preise in den Bahnhofwirtschaften. In einem besonderen Erlaß weist das Reichsverkehrsministerium darauf hin, daß die Bahnhofwirte zu angemessenen Preisen anzuhalten sind. Die Reichsbahndirektionen haben scharf darüber zu wachen, daß die Bahnhofwirtschaften keinesfalls teurer, wie häufig der Fall, als gleichartige Wirtschaften des Ortes sind. Bahnhofwirte, die übermäßige Preise fordern, sollen unnachsichtlich zur Rechenschaft gezogen werden. In jeder Bahnhofwirtschaft muß ein Preisverzeichnis aushängen.

Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützungssätze. Die Erwerbslosenunterstützung für München wird rückwirkend ab 12. September 1923 wie folgt erhöht: Männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 7 500 000 M., b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 6 000 000 M., c) unter 21 Jahren 4 500 000 M. Weibliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 6 000 000 M., b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 5 000 000 M., c) unter 21 Jahren 3 500 000 M. Familienzuschläge für: a) den Ehegatten 2 750 000 M., b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 2 250 000 M.

Die erhöhten Unterstützungssätze werden ab Montag, den 17. September 1923, vorbehaltlich der nachzuholenden Zustimmung der Vollversammlung des Stadtrats, einschließlich der veranlaßten Nachzahlungen den Erwerbslosen an den für sie einschlägigen Wochenzahltagen ausbezahlt.

Unsere Kohlenversorgung im Winter. Durch die immer weitere Hinausschiebung der Freigabe der ab 1. Oktober 1923 gültig werdenden Kohlenmarken sind bei den immer rascher sich wiederholenden, rapiden Kohlenpreissteigerungen der städtischen Bevölkerung Millionen-, ja Milliardenverluste entstanden, die sie nicht hätte erleiden brauchen, wenn die Kohlenbezugsmarken früher hätten freigegeben werden können. St.R. Dr. Jodlbauer (D. Vp.) stellt an den Stadtrat die Anfrage: Wie steht es mit der Versorgung unserer Bevölkerung mit dem allernotwendigsten Kohlenbedarf in dem kommenden Winter? Ich knüpfe daran die weitere dringende Anfrage, ob, wenn die Eingänge der Kohlenlieferungen auch heute, kaum 14 Tage vor dem 1. Oktober, die Freigabe der Oktoberbezugsmarken wirklich nicht zu ermöglichen sein sollte, zunächst nicht wenigstens dem bedürftigsten Teil der Bevölkerung — als solche dürften wohl die Markenbrotbezugsberechtigten anzusehen sein — durch Freigabe der Oktoberbezugsmarken die Möglichkeit gegeben werden will und kann, das kleine Quantum Kohle, das dafür in Frage kommt, noch vor den zu erwartenden neuen gewaltigen Kohlenpreissteigerungen einzukaufen. Im Sinne dieser Anfrage stelle ich gleichzeitig Antrag auf möglichst rasche allgemeine Freigabe der Oktoberbezugsmarke.

Der Münchener Wohnungsmarkt Ende Juli. Die Zahl der für eine Familienwohnung mit Küche beim städtischen Wohnungsnachweis vorgemerkten Wohnungsuchenden betrug Ende Juli: 23 403 (Ende Juni: 23 243); darunter befanden sich 12 220 (12 202) vordringliche und 11 183 (11 041) dringliche Vormerkungen. Gegenüber dem Stand zu Monatsbeginn ergab sich somit eine Gesamtmehrung von 160 Vormerkungen (177), und zwar haben sich die vordringlichen um 18 (20), die dringlichen um 142 (157) erhöht. Außer diesen Vormerkungen lagen noch 3257 (3199) Gesuche um Zuweisung von Wohnungen ohne Kochgelegenheit vor. Insgesamt ergibt sich somit Ende Juli die Zahl von 26 660 (26 442) Wohnungsuchenden. Im Juli sind 558 (817) neue Vormerkungsanträge beim städtischen Wohnungsnachweis eingelaufen, von denen 60 (109) auf Wohnungstausch verwiesen wurden und 46 (59) mangels triftiger Gründe für einen Wohnungswechsel abgelehnt werden mußten. Beim städtischen Wohnungsnachweis gelangten 385 (455) Wohnungen zur Anmeldung, vermietet wurden 218 (359) Wohnungen. Im Wohnungstauschverkehr wurden 190 (268) Anträge eingereicht; von diesen wurden 178 (258) genehmigt, während 11 (15) Anträgen die Genehmigung versagt werden mußte. Innerhalb der Stadt München wurden hierbei 335 (471) Wohnungen vertauscht. Die Durchschnittszahl der vorsprechenden Parteien betrug im Juli bei der Abteilung Wohnungsnachweis des Wohnungsamtes allein täglich 1200 (1337) Personen; die höchste Besucherzahl an einem Tage belief sich auf 2020 (1665) Personen.

Von der Abteilung Zivileinquartierung des städt. Wohnungsamtes sind im Juli 1923: 148 (194) Wohngelegenheiten, von der technischen Abteilung 11 (20) Wohngelegenheiten, unter letzteren 9 (12) selbständige Wohnungen auf Grund der gesetzlichen Verordnungen beschlagnahmt bzw. dem Wohnungsmarkt neu zugeführt worden. Von der Möglichkeit der Ablösung der Zivileinquartierung wurde im Juli 1923 in 79 (85) Fällen Gebrauch gemacht, und zwar wurden im Wege der Kapitalablösung in 72 (75) Fällen ein Betrag von 557 494 000 M., im Wege der Ratenablösung in 7 (10) Fällen ein Betrag von 4 426 000 M., somit zusammen 561 920 000 M. (200 639 000 M.) zugunsten des gemeindlichen Wohnungsbauprogramms 1923 vereinnahmt.

In einem Fall wurde für Freimachung einer Wohnung (5 Räume mit Kochgelegenheit) eine Prämie von 50 000 M. gewährt.

Durch die Rechts- und Räumungsabteilung des Wohnungsamtes wurden 39 (40) widerrechtlich bezogene Wohnungen zwangsweise geräumt.

In 29 (50) Fällen, in denen sich der Vermieter weigerte, mit dem vom Wohnungsamt zugewiesenen Wohnungssuchenden Mietvertrag abzuschließen, mußte durch die Rechtsabteilung Antrag auf Abschluß eines Zwangsmietvertrages beim Mieteinigungsamt gestellt werden. Von den durch Beschlüsse des Mieteinigungsamtes erledigten Anträgen, die sich zum Teil auch noch auf Anträge von früheren Monaten beziehen, wurden 22 (30) durch Festsetzung eines Zwangsmietvertrages verbeschieden; in 7 (13) Fällen wurde der Antrag nachträglich zurückgezogen, während in 10 (11) Fällen anderweitige Regelung (z. B. gütliche Einigung der beteiligten Parteien) erzielt wurde.

In die Heimat zurück. Am Montag nachmittag kamen 2000 Kinder, die vom besetzten Gebiet (Pfalz) in Oberbayern zur Erholung weilten, unter Begleitung von Schwestern am Hauptbahnhof an, um in einem Sonderzug nach der Pfalz zurückgebracht zu werden. Das Rote Kreuz, besonders General Stemmer, und Damen des Roten Kreuzes, sowie Mitglieder der Münchener Sanitätskolonne nahmen sich der zurückkehrenden Kinder, die guter Dinge waren, in liebevoller Weise an. Das Aussehen der Kinder, die alle vollbepackt waren, war ein gutes.

Warnung vor Auswanderung nach Österreich, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien. Amtlichen Mitteilungen zufolge sind in den letzten Monaten zahlreiche erwerbslose Angestellte und Arbeiter aus Deutschland nach Österreich usw. abgewandert, in der Hoffnung, dort Arbeit und Verdienst zu finden. Da die Arbeitsmarkt- und Wohnungsverhältnisse in Österreich wie auch in Jugoslawien, Ungarn und Rumänien außerordentlich ungünstig sind, fallen solche Zuwanderer regelmäßig den deutschen Wohltätigkeitsvereinen zur Last und müssen fast ausnahmsweise auf dem Schubwege in ihre Heimat zurückbefördert werden. Es müssen deshalb alle Angestellten und Arbeiter, denen nicht eine gesicherte Arbeitsstelle in Aussicht steht, vor der Abwanderung nach den bezeichneten Ländern auf das dringendste gewarnt werden.

Einreise in die britische Besatzungszone. Die britische Besatzungszone ist von der über das gesamte besetzte Gebiet verhängten Verkehrssperre nicht betroffen. Die Einreise wird Personen aus dem unbesetzten Deutschland gestattet, wenn sie einen triftigen Grund zur Einreise angeben können. Zur Einreise erforderlich sind: Ein Personalausweis, den die zuständige Polizeibehörde im unbesetzten Gebiet ausstellt, und ein Geleitschein, der im besetzten Gebiet ausgestellt wird. Um einen Geleitschein zu bekommen, muß der Antragsteller ein Gesuch mit seinem Personalausweis an das Paßamt in Köln, Domhof 28, richten. Das Gesuch ist in folgender Form auszustellen: „Gesuch um Erteilung eines Geleitscheines zur Ein- und Ausreise für das britisch besetzte Gebiet: (Für jede Person ist ein besonderer Antrag zu stellen.) Des Einreisenden (Zuname, Vorname, Beruf, Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Straße und Hausnummer); Reiseweg von . . ., nach . . ., Beginn der Reise am . . ., Ende der Reise am . . . Eisenbahnstation, auf der Übergang in die britische Zone erfolgt (hier kommen nur Genstei-Bohwinkel oder Lennep oder Ründeroth in Frage). Zweck der Reise: (Bei dringenden Anträgen sind beglaubigte Unterlagen [Todenschein, ärztl. Zeugnis, Bescheinigung der Handelskammer usw.] vorzulegen. Jedem Antrag ist ein Personalausweis mit Lichtbild oder eine polizeiliche Ansässigkeitsbescheinigung beizufügen. Die Fol-

---

12

Dr. Katzenbergers

Bad-Reise

Von Jean Paul

21.

Indes zeigt dieses widertönige Quartett, wie verschieden dieselbe Musik in verschiedene einwirke. Da sie aber dies mit allem in der Welt, und mit dieser selben gemein hat, so mag für sie besonders der Wink gegeben werden, daß ihr weites Ätherreich mit demselben Blau und mit derselben Melodie einen Jammer und einen Jubel trage und hebe.

Der Doktor bezog zwei Kammern in der sogenannten großen Badwirtschaft — bloß sein Herz war noch in Potzneusiedl unter dem Galgen — und Nieß mietete ihm gegenüber eines der niedlichsten grünen Häuserchen.

Aber der rechte Musiktext fehlt vorderhand der begeisterten Theoda; auf der Badeliste, wonach sie zuerst fragte, erschien noch kein angelangter Theudobach. Doch hatte sie die Freude, in der Großpoleischen Zeitung angekündigt zu lesen: „Der durch mehrere Werke bekannte Theudobach, habe man aus sicherer Hand, werde dieses Jahr das Maulbronner Bad gebrauchen." Die Hand war sicher genug, denn es war seine eigene.

Der Doktor fragte, ob der Brunnenarzt Strykius da sei, und ging, als man ihm ein seines, um das Brunnengeländer flatterndes Männchen zeigte, sogleich hinab.

Dieser Strykius, ein gerader Abkömmling vom berühmten Juristen Strykius — dem er absichtlich die lateinische Namensschleppe nachtrug, um dem deutschen Strick zu entgehen — war bekanntlich eben der Rezensent der Katzenbergerschen Werke gewesen, den ihr Verfasser auszustäupen sich vorgesetzt. Auf Musensitzen — wie in Pira —, die zugleich rezensierende Musenvätersitze sind, ist's sehr leicht, da alle diese Kollegien untereinander kommunizieren, den Namen des apokalyptischen Tiers oder Untiers zu erfahren; bloß in Marktflecken und Kleinstädten wissen die Schulkollegen von nichts, sondern erstaunen. Mehr als durch alle strykischen Rezensionen in der Allgemeinen deutschen Bibliothek, in der Oberdeutschen Literaturzeitung usw., war der milde Katzenberger erbittert geworden durch lange, grobe, hämische und späte Antworten auf seine gelehrten Antikritiken. Denn dem Doktor war's schon im Leben bloß um die Wissenschaft zu tun, geschweige in der Wissenschaft selber. Da er indes eine unglaubliche Kraft zu passen besaß, so sagte er ein akademisches Semester hindurch bloß freundlich: „Ich koch's" und tröstete sich mit der Hoffnung, den Brunnenarzt persönlich in der Badezeit kennenzulernen.

Diese sehnsüchtige Hoffnung sollte ihm heute erfüllt werden, so daß ihm, statt des Potzneusiedlschen Galgenstricks wenigstens der Maulbronner Strick oder Strickius zuteil wurde. Er traf unten an dem Brunnenhause — dem Industriekontor und Marktplatze eines Brunnenarztes — den Verlangten. Der Brunnenarzt lief, da er mit der gewöhnlichen Neugier dieses kürzesten Amtes schon Katzenbergers Namen erfragt hatte, ihm entgegen und konnte, wie er sagte, die Freude nicht ausdrücken, den Verfasser einer haematologia und einer epistola de monstris de rabie canina persönlich zu hören und zu benützen, und ihm, womöglich, irgendeinen Dienst zu leisten. „Der größte", versetzte der Doktor, „sei dessen Gegenwart, er habe längst seine Bekanntschaft gewünscht." — Strykius fragte: „Wahrscheinlich hab' er seine schöne Tochter als ihr bester Brunnenmedikus hierher begleitet, wenn sie das Bad gebrauche."

„Nicht eines zu gebrauchen, antwortete er, sondern einem Badgaste eines zuzubereiten und zu gesegnen, sei er angelangt." — „Also auch im Umgange der scherzhafte Mann, als den ich Sie längst aus Ihren epistolis kenne? Doch Scherz beiseite", sagte Strykius und wollte fortfahren. „Nein, dies hieße Prügel beiseite", sagte der Doktor. „Ich bin wirklich gesonnen, einen kritischen Anonymus von wenig Gewicht, den ich hier finden soll, aus Gründen, solange wir beide, nämlich er und ich, es aushalten, was man sagt, zu prügeln, zu dreschen, zu walken. Indes will ich als ein Mann, der sich beherrscht, nur stufenweise verfahren und früher seine Ehre angreifen als seinen Körper."

„Nun diesen Scherzernst abgetan," sagte der Brunnenarzt, sich totlachen wollend, „so versprech' ich Ihnen hier wenigstens fünf Freunde des Verfassers der Hämatologie, Männer vom Handwerk."

„Es soll mich freuen," sagte der Doktor, „wenn einer darunter mich rezensiert hat, weil's eben das Subjekt ist, dem ich, wie ich Ihnen schon anvertraut, so viel Hirn ausschlagen will, als ein Mensch ohne Lebensgefahr entbehren kann, welches, wie Sie wissen, bis auf zwei Unzen steigt, es müßte denn sein, daß ich aus Liebe mich auf bloßes Einschlagen der Hirnschale einzöge. Wenn schon jener Festungskommandant jeder davonlaufenden Schildwache fünfundzwanzig Streiche aufzählen ließ, die einen Geist gesehen, wieviel mehr kann ich einer kritischen geben, die keinen Geist in meinen Werken gesehen! Wie?"

„Tun Sie, was Sie wollen, Humorist; nur seien Sie heute mit Ihrer blühenden Tochter mein Gast im großen Brunnensaale", sagte Strykius; er fand seine Bitte gern gewährt und schied mit einem eiligen Handdruck, um einem verdrießlichen Grafen zu antworten, der eben gesagt: „Franchement, Mr. Médecin, ich habe bisher von dem detestabeln Gesöff nur die Hälfte Ihrer vorgeschriebenen Gläser verschluckt, ich verlange nun durchaus bloß diese Hälfte verordnet."

„Gut," versetzte er, „von morgen an dürfen Sie keck mit der bisherigen Hälfte fortfahren."

Diese Antwort vernahm noch der Doktor mit unsäglichem Ingrimm; er, der sich von keinem General und Ordensgeneral und Kardinal nur eine einzige von tausend verordneten Merkurialpillen hätte abdingen lassen. Strykius' milde Höflichkeit verdroß ihn mehr, als die größte Grobheit getan hätte, auf die er, zufolge der anonymen in den Rezensionen, so gewiß gezählt hatte; einen rauhen, widerhaarigen, stämmigen Mann hatte er zu finden gehofft, dem der Kopf kaum anders zu waschen ist als durch Abreißen oder Abhaaren desselben, wenigstens einen Mann, der, wie ein Teich, unter seinen weißen Wasserblüten scharfgezähnte Hechte verbärge — aber er, ein so gebogenes, wangenfettes, gehorsamstes, untertänigstes Ziermännchen, das noch niemand ein hartes Wort gesagt, als etwa Frau und Kindern, gegen niemand ein Elefant, als gegen Elefantenkäfer und Elefantenameisen! . . . Nichts erbittert mehr als anonyme Grobheit eines abgesüßten Schwächlings!

Allerdings gibt es ein oder das andere Wesen in der Welt, das Gott selber kaum stärken kann ohne den Tod — das sich, als ewiger Bettelbrief, gern auf- und zubrechen, als ewiges Friedensinstrument gern brechen läßt — das eine Ohrfeige empfängt und zornig herausfährt, es erwarte nun, daß man sich bestimmt ausdrücke — das nicht sowohl zu einem armen Hunde und Teufel als zu einem niesenden fürstlichen mit Silberhalsband sagt: Gott helf, oder contentement — dessen Zunge der ewig geläutete Klöppel in einer Leichenglocke ist, welche ansagt: ein Mann ist gestorben, aber schon ungeboren — das erst halb, ja dreiviertels erschlagen sein will, bevor es dem Täter geradezu heraussagt auf dem Totenbette im Kodizill, es sei dessen erklärter Todfeind — das jeder so oft zu lügen zwingen kann, als er eben will, weil es sich gern widerspricht, sobald man ihm widerspricht — und dem nur der Feind gern begegnet, und nur der Freund ungern. — —

Indem ich ein solches Wesen mir selber durch den Pinsel und das Gemälde näher vor das Auge bringe, erwehre ich mich doch nicht eines gewissen Mitleidens mit solchen tausendfach eingeknickten Seelen, die nun Gott einmal so dünnhalmig in die Erde gesäet hat, und welchen, obwohl am wenigsten durch schnelles Aufschrauben, doch auch nicht durch schweres Niederdrücken aufzuhelfen ist, sondern vielleicht durch allmähliches Ermuntern und Aufwinden, durch Abwenden der Versuchung.

Aber an das letzte war bei Katzenberger nicht zu denken. Des Brunnenarztes Sprech- und Tatmarklosigkeit neben seiner harten, heißen Schreibstrengflüssigkeit im Richten setzten in ihm nun den Vorsatz fest, den Badearzt auf eine ausgedehnte Folterleiter von Ängsten und Ehrengiften zu setzen und ihn erst auf der obersten Stufe zu empfangen mit dem Prügel. Strykius war der erste Patient, den er durch Heilmittel nicht heilen wollte, so sehr war er ergrimmt; und er war entschlossen, ihn durch zuvorkommende Unhöflichkeiten, womöglich, zu einer zu zwingen und als umrollender Weberbaum das hin und her fliegende Weberschiffchen zu bearbeiten. Es ist indes oft ebenso schwer, manche grob zu machen als andere höflich.

Zu Hause setzte er in Strykius' Namen einen öffentlichen Widerruf von dessen Rezensionen auf, den er ihn zu unterschreiben und herauszugeben in der Prügelstunde zwingen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Hans von Marées

in der Galerie Tannhäuser.

Nach der Stärke und Weite seiner künstlerischen Sehnsucht gemessen, gehört Marées zu den größten Künstlern der neueren Zeit. Wer für solche Schwingungen empfänglich ist der lasse darum keine Gelegenheit vorübergehen, die Bilder dieses Vielumstrittenen und in seiner Kunst Einsamen zu sehen, der ehrlich und mit dem Einsatz seines ganzen Wesens um die höchste Kunst gerungen hat.

Ein verhängnisvoller Zwiespalt war in ihm, der ihn unbewußt dazu trieb, sein eigenstes, im heimatlichen Boden wurzelndes Sein und Können zu verachten und in seinem Werk fremden Göttern zu dienen. Im Porträt ist er sich auch später treu geblieben (das schöne Selbstporträt von 1874) und hier, wie in den späteren Studien und in manchen größeren Gemälden („Abendliche Waldszene") läßt sich noch die einheitliche Linie von seinen voritalienischen Werken an erkennen.

In der reinen Figurenkomposition aber wird der Zwiespalt zum Verhängnis. Die große Kunst der italienischen Renaissance und der alten Römer wirkten auf ihn wie der Magnetberg auf den Abenteurer in fremden Meeren: je näher sie dem Ziele kamen, desto mehr verloren ihre Schiffe den Halt. Die Vermengung deutschen Empfindens mit der Linie und der Raumbehandlung der großen Italiener ließ ihn Zielen nachjagen, denen seine Kräfte, weil sie anders lagen, nicht gewachsen waren.

Ein naher Freund Marées', Emil Lugo (einer unsrer besten Landschafter aus dem Ende des vergangenen Jahrhunderts), der das Traumhafte und die Höhe des malerischen Gedankens in der Kunst seines Freundes wohl zu würdigen wußte, meinte, seine Gemälde wären jeder höchsten Kunst an die Seite zu stellen, wenn die Werke auch als Malerei vollendet wären. Das waren seine italienischen Gemälde aber nicht und konnten es nicht sein, er hätte denn Italiener und nicht Deutscher sein müssen. Der jüdische Marées-Biograph Meier-Graefe stellt seinen Künstler zwar Rembrandt, Tizian und Rubens an die Seite, doch mag er hierbei als Kunstschriftsteller weniger aufrichtig gewesen sein denn als Geschäftsmann, dem für seine Ware kein Plakat zu groß und zu bunt ist. Jene waren Künstler aus einem Guß von der tiefsten Seelenregung bis zum letzten Pinselstrich — dieser, ein in Zielen und Können zwiegespaltenes Wesen.

Und wenn Meier-Graefe meint, „große Künstler erkennt man an der Größe ihrer Ziele", so ist das ein großes Wort, aber kein wahres Wort, sondern eines, das eine junge Künstlergeneration vergiften könnte, denn erst wenn Wollen und Können einander entsprechen und untrennbar miteinander verschmolzen sind, gibt es Vollendung.

Die späteren Bilder Marées' sind normalerweise nicht unmittelbar zu genießen: man muß hinter die Bilder schauen, sich gewaltsam von dem Erreichten wenden, um die Größe des Erstrebten auf sich wirken zu lassen.

Die Ausstellung zeigt, daß auch hier Ausnahmen gelten, und daß hier und da auch in späteren Gemälden der deutsche Maler zu Wort kommt, doch wüßte ich — abgesehen von den Porträts — kein Werk, das mit dem voritalienischen „Bad der Diana" verglichen werden könnte. Dieses Bild konnte hier leider nicht mitgezeigt werden: voll und weich abgestimmte Farben — in Stimmung und Motiv die Sehnsucht nach einem erträumten, märchenhaften Süden, tief in sich ruhende Schönheit und, gerade mit diesem Sehnsuchtszuge, das Werk eines Deutschen: denn „Deutschtümelei" ist keine Kunst, und der Maler ist auf dem Holzwege, der sich fragen wollte: wie schaffe ich „deutsche Kunst"? Er soll nur das Beste geben, was er

gen unrichtiger oder ungenauer Angaben treffen den Antragsteller.)

Auf Grund der vorstehenden Angaben bitte ich um Ausstellung eines Geleitscheines für die oben näher bezeichnete Person für das britische besetzte Gebiet und Zusendung der Papiere an ..., Datum ..., Name und vollständige Wohnungsangabe des Antragstellers.

Das Gesuch wird vom Paßamt geprüft und falls es genehmigt wird, dem Antragsteller ein Geleitschein zugeschickt. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß beim Paßamt Listen über die Ausgewiesenen geführt werden und daß solchen die Einreise in die englische Zone nicht gestattet wird. Anträge an andere Stellen, wie das genannte Paßamt sind zwecklos, da sie doch nur an das Paßamt weitergeleitet werden können und die anderen Stellen auf die Erledigung keinen Einfluß haben.

Gebühren für die Ausstellung des Geleitscheines entstehen nur insofern, als sich das Paßamt die Unkosten für die Vordrucke ersetzen läßt. Diese betragen augenblicklich je Geleitschein 100 000 M. Bei weiterer Geldentwertung werden sie sich jedenfalls noch steigern. Auch ist Porto für die Absendung des genehmigten Geleitscheines dem Antrage beizufügen.

Gewährung einer Abschlagszahlung an die Staatsangestellten. Das Finanzministerium gibt bekannt: Die am 15. September 1923 zu leistende Abschlagszahlung ist mit 40 Grundeinheiten zu bemessen und sofort auszuzahlen. Angestellte, die im besetzten Gebiete Dienst leisten oder, davon entbunden, sich dort aufhalten, erhalten einen außerordentlichen Zuschlag von 10 Prozent dieser Abschlagszahlung.

Der Steuerabzug vom Arbeitslohn. Vom Landesfinanzamt München wird amtlich mitgeteilt: Die Ermäßigungen beim Steuerabzug werden mit Wirkung vom 16. September neuerdings der Geldentwertung angepaßt und auf das Doppelte der für die erste Septemberhälfte geltenden Sätze erhöht. Die neuen Ermäßigungssätze und ihre Teilbeträge ergeben sich aus dem Merkblatt mit Umrechnungstabelle. An die örtlichen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie an einzelne größere Betriebe wird das Merkblatt auf Verlangen von den zuständigen Finanzämtern abgegeben. Gleichfalls vom 16. September an wird der Wertanschlag für die freie Station für die Zwecke des Steuerabzugs gegenüber den Sätzen der ersten Septemberhälfte verdoppelt. Die Arbeitgeber werden in ihrem eigenen Interesse insbesondere mit Rücksicht auf den raschen und häufigen — nun bereits zweimal im Monat eintretenden — Wechsel der Steuerermäßigungen und Wertanschläge dringendst ersucht, die neuen Sätze und Anschläge auf den Steuerbüchern, Marken- und Überweisungsblättern alsbald vorzumerken und hierbei ausdrücklich den 16. September als den Tag zu vermerken, von dem ab die neuen Sätze und Anschläge gelten. Auch werden die Arbeitgeber wiederholt auf die schweren Folgen aufmerksam gemacht, die sich aus einer Verzögerung der Abführung der Lohnsteuer sowie der Arbeitgeberabgabe ergeben, mag diese Verzögerung auch im einzelnen Falle nur wenige Tage betragen.

Im Telegramm- und Fernsprechverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 16. Sept. an: für Ferntelegramme: Grundgebühr (alles in tausend Mark): 800 und außerdem für jedes Wort 400, für Ortstelegramme: Grundgebühr 400 und außerdem für jedes Wort 200. Vom 1. Okt. 1923 an für abgekürzte Telegrammschriften jährlich 120 000, für regelmäßige besondere Zustellung 120 000, Vereinbarungen über abgekürzte Telegrammanschriften, sowie solche über regelmäßige besondere Zustellung der Telegramme können bis 30. Sept. 1923 zum 1. Okt. 1923 gekündigt werden. Fernsprechgebühren vom 16. Sept. an: Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus 500. Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angerechnet: in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 20 Ortsgespräche, mit mehr als 50 bis einschl. 100 Hauptanschlüssen 30 Ortsgespräche, mit mehr als 1000 bis einschl. 10 000 Hauptanschlüssen 40 Ortsgespräche, mit mehr als 10 000 Hauptanschlüssen 50 Ortsgespräche. — Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben: bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschl. 500, von mehr als 5—15 Kilometer einschl. 1000, von mehr als 15—25 Kilometer einschl. 1500, von mehr als 20—50 Kilometer 3000, von mehr als 50—100 Kilometer einschl. 4500. Für jede angefangene 100 Kilometer mehr 1500. — Für dringende Gespräche das Dreifache, für Blitzgespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. — Voranmeldung 500, Auskunftgebühr 500, Streichungsgebühr für Gespräche 500, XP-, V- oder N-Gebühr für eine Person je 2000, für jede weitere Person 1000, Unfallmeldegebühr 3000 Mark.

Beschlagnahme von Postpaketen nach den besetzten Gebieten. In letzter Zeit sind mehrfach Pakete aus dem unbesetzten Deutschland nach den besetzten Gebieten von den Besatzungsmächten beschlagnahmt worden, weil die Sendungen Waren enthielten, für die die Besatzungsmächte Zoll verlangen und deren Beförderung die Post daher nicht übernimmt. Durch falsche Inhaltsangabe werden die Postanstalten über den wirklichen Inhalt der Sendungen getäuscht. Derartige Machenschaften können zur Verschärfung der Zollmaßnahmen und womöglich zur Unterbindung des gesamten Postverkehrs mit den besetzten Gebieten führen. Die Paketversender werden daher im eigenen Interesse vor solchen Mißgriffen gewarnt.

Räubereien in Friedhöfen. Diebsbanden durchstreifen zur Zeit Münchener Friedhöfe und berauben Grabstätten. Im Südfriedhof stahl die Bande einen bronzenen Kranz aus Rosen, einen kupfernen Palmwedel, Grabsteinbedachungen. Im Westfriedhof drei Kupferbedachungen von Kreuzen. Im alten nördlichen Friedhof wurde eine lebensgroße Engelsfigur von Zinkguß im Werte von 1 Milliarde vom Postament gerissen und zertrümmert. Ferner wurde eine galvanisierte Grabeinfassung, Wert 200 Millionen Mark, gestohlen. In der Nähe des Ausganges des Friedhofes an der Adalbertstraße fand man eine kniende, 60 cm hohe, 60 Pfund schwere bronzene Engelsfigur und eine ½ Pfund schwere kupferne Rose, die die Diebe, die offenbar gestört wurden, stehen ließen.

Ein schwerer Diebstahl wurde bei der Großhändlerswitwe Löwe in Regensburg verübt. Bei der Löwe befand sich ein Dienstmädchen Anna Schöller von Neustadt a. A. in Stellung. Während nun Frau Löwe mit ihrem Sohn auswärts war, ließ die Schöller ihren Geliebten, den 21 Jahre alten Elektromechaniker Lorenz Witt von Cham, in die Wohnung. Beide nahmen an sich, was ihnen in die Hände fiel, so Herren- und Damenkleider, Wäsche, Schmucksachen, Silbergeräte und Bestecke im Gesamtwert von 200 Milliarden, verpackten alles in drei Koffer und verschwanden. Die Spur der beiden geht nach München. Witt ist ziemlich groß, untersetzt, kräftig, hat langes, volles Gesicht, blonde, rückwärts gekämmte, gewellte Haare, aufgeworfene Lippen. Die Schöller ist mittelgroß, hat rote Haare, auseinanderstehende Vorderzähne, Nase rot unterlaufen. Sachdienliche Mitteilungen an die Münchener Polizeidirektion, Zimmer 245.

Ruhrflüchtlingsschwindler blühen und gedeihen. Ein angeblicher Bankbeamter aus dem besetzten Gebiet hat bei der Flüchtlingsfürsorge um Geld nachgesucht und einen Schein über 10 Millionen Mark erhalten. Diesen Schein fälschte er auf 500 Millionen Mark. Die Fälschung wurde erkannt, der Betrüger wurde festgenommen. — Ein Grubenwächter ließ sich in Münster (Westfalen), obwohl er seit Monaten in einer Fürsorge verpflegt wurde, monatliche Verpflegungsgelder zahlen. Er kam nach München und gleich bei Ankunft schloß er mit einer stellenlosen, aus dem Krankenhaus entwichenen Näherin Freundschaft. Obwohl verheiratet (die Frau sitzt im Ruhrgebiet), ging er mit der Näherin, die er als seine Frau ausgab, in die hiesige Fürsorgestelle und schwindelte Gelder heraus. Der Betrug kam auf, er wurde festgenommen.

Vergehen wider die Sittlichkeit. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verurteilte das Schöffengericht München mit Hinweis auf das schamlose und Ärgernis erregende Verhalten den Angeklagten Hugo Müller, lediger Hilfsarbeiter von hier, zur Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Angeklagte wurde im Sitzungssaal verhaftet. Weiter verurteilte das gleiche Gericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit den angeklagten ledigen Kaufmann Max Müller von hier zur Gefängnisstrafe von sechs Wochen und den mitangeklagten ledigen Bäcker Johann Scheidel von Otterbach, letzteren unter Einrechnung einer anderen Strafe, zur Gesamtgefängnisstrafe von sieben Monaten.

Die Herren von Giesing. Seit mehreren Wochen durchziehen mehrmals in der Woche nach 10 Uhr nachts geschlossene Trupps von 25—30 Mann der Auergarde und der Kommunisten, die Internationale, Arbeitermarseillaise, das Hölzllied und andere blutrünstige Lieder gröhlend, die Straßen Giesings, ohne daß die Polizei, trotz wiederholter Aufforderungen seitens Einwohnern von Giesing, sich bemüßigt fühlt, gegen diese nächtlichen Ruhestörer einzuschreiten. Bei dem letzten Umzug ließen 3 Polizeibeamte den Trupp an sich vorbeimarschieren, ohne dazu etwas zu sagen. Zur Rede gestellt, antworteten sie, sie könnten dagegen nichts machen, die Betreffenden, die sich in ihrer Ruhe gestört fühlen, mögen sich beschweren. Außerdem falle dies nicht unter die Notverordnung, weil die Polizeistunde noch nicht überschritten sei. Durch dieses passive Verhalten eines großen Teils der Giesinger Polizei schwillt natürlich diesem Marxistengesindel der Kamm unbändig; sie glauben, auch Überfälle auf Nationalsozialisten verüben zu können, ohne hierbei von der Polizei zur Verantwortung gezogen zu werden. So wurde am Freitag nachts ein Parteigenosse in der Tegernseerlandstraße hinterrücks überfallen und vom Rade heruntergeschlagen. Herbeigeeilte Passanten kamen unserem Parteigenossen zu Hilfe und übergaben 4 dieser Kommunisten der Polizei.

Sie scheuen sich auch nicht, gegen Angehörige von Kampfverbänden Überfälle mit Schußwaffen aus den Häusern zu organisieren, wie es am Samstag abends gegen Angehörige des Bundes „Oberland" geschah. Diese rückten in kleinen Gruppen zu ihrem Sammelplatze zu einer Übung aus und wurden in der Tegernseerlandstraße von einem Hause aus beschossen. Dank dem tatkräftigen Zugreifen der Oberländler konnten die Burschen herausgeholt und der Polizei übergeben werden.

Auch Sonntags werden die Giesinger Einwohner mit den Gesängen der Marxistenjugend beglückt. Diese internationale Maskerade scheint auch nicht unter die Notverordnung zu fallen, ebenso das Lied, das sie dabei brüllten:

> Es zog ein Hauptmann von Sowjet-Rußland heraus,
> Ein Regiment zu Fuß, ein Regiment zu Pferd,
> Den Hitler ließ er hängen,
> Die Reichswehr ließ er sprengen,
> Die Sipo schlug er tot,
> Die Blaue war schon mausetot."

Auch hier glaubt die Polizei nicht einschreiten zu können. Es soll sich da die Polizei nicht wundern, wenn unter diesen Umständen den andersgesinnten Einwohnern von Giesing die Geduld zerreißt und sie zur Selbsthilfe greifen.

Milchpantscherei. Seit einiger Zeit bemerkte der Milchinspektor, daß aus der Stallung der in Hohenbrunn ansässigen Bäuerin Maria Maier stammende Milch trotz des hohen Preises nicht einwandfrei sei. Die nun vom 6. bis 12. Juni 1923 entnommenen Proben ergaben, daß die Milch einen Fettentzug von 17 bis 45 Prozent aufwies. Das Schöffengericht München verurteilte nun die Angeklagte zur Gefängnisstrafe von einem Monat und zur Geldstrafe von 100 Millionen Mark, ersatzweise 100 Tage Gefängnis.

Brandstiftung. Am Montagabend brach zugleich an vier Stellen eines über 100 Meter langen, zum Gutshof Ammertal (zwischen Parsdorf und Feldkirchen) gehörigen Stadels Feuer aus, das die ganze dort lagernde neue Ernte, Maschinen u. a. vernichtete und die Gutsgebäude bedrohte. Die Feuerwehren waren dem wütenden Feuer gegenüber machtlos. Es liegt Brandstiftung vor.

Kleine Chronik. In Stuttgart wurden bei der Fremdenkontrolle der ledige Maurer Max Bott und die Dienstmagd Margarete Bohaim verhaftet, die in München in der Rumfordstraße und Reichenbachstraße schwere Einbrüche verübten. — In einer Fabrik im Westviertel stürzte am Montag ein 45 Jahre alter Maurer von einem Gerüst und erlitt innere Verletzungen. — In einem Lagerplatz an der Hansastraße wurde am Montag ein 21 Jahre alter Hilfsarbeiter zwischen die Puffer zweier Wagen eingeklemmt und innerlich schwer verletzt. — Vor einigen Tagen ertränkte sich im Malerwinkel am Königssee ein etwa 25 Jahre alter Mann. Der Tote wurde als ein lediger Depeschenbote von Augsburg erkannt.

Der Reichsverband deutscher Haus- und Privatlehrerinnen, ein auf nationalem Boden stehender Verband, Geschäftsstelle Roggenhagen bei Staven (Mecklenburg-Strelitz), hat es sich zur Aufgabe gemacht, die wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen der Haus- und Privatlehrerinnen zu fördern. Seine Mitglieder befleißigen sich, neben treuer Pflichterfüllung, den Unterricht in nationalem Sinne zu erteilen und in ihren Zöglingen deutsche Gesinnung zu pflegen. Dem Verband angegliedert sind zwei Gruppen: die Kindergärtnerinnen und Hauslehrer. Der Anschluß an den Reichsverband der landw. Hausfrauenvereine und an den Reichslandbund ist eine bekannte Tatsache. Den Gehaltsrichtlinien ist vorläufig die Roggenwährung zugrunde gelegt, die in den meisten Landbünden eine günstige Aufnahme gefunden hat. Für die Notierung gilt die Berliner Börse und als Stichtag der Letzte des Monats. Das Verbandsblatt enthält interessante Fachartikel und wichtige Mitteilungen. Auf die Stellenvermittlung tüchtiger Lehrkräfte wird noch besonders hingewiesen.

Fachkurs für Elektroinstallateure. Das Gewerbeförderungsinstitut der Handwerkskammer von Oberbayern veranstaltet wiederum einen Fachkurs für Elektroinstallateure. Die Vorträge über Elektrizitätslehre sowie über technisches Rechnen (Algebra) einschließlich Rechenschieber wird Dr. Ebelmann in bekannt gemeinverständlicher Weise, die Vorträge über Kalkulation und Buchführung Dipl.-Ing. Eichinger halten. Beginn des Kurses Anfang Oktober. Anmeldungen baldmöglichst bei der Handwerkskammer, Damenstiftstr. 5/III. Die Festsetzung der Kurstage

Standmusik im Hofgarten. Mittwoch, den 19. September, 5—6 Uhr nachmittags. Musik der Landespolizei. Obermusikmeister M. Windisch. 1. Finale 1. Akts aus „Lohengrin" von R. Wagner; 2. Szenen aus der Oper „Rigoletto" von G. Verdi; 3. „Polonäse Nr. 2" von Franz Liszt; 4. „Marsch der Holländischen Meergeusen" von R. Leuschner; 5. „Donauweibchen-Walzer"; 6. Oberst-Panzer-Marsch von M. Windisch.

*

Bestattungen

am 19. September.

Ostfriedhof: Anton Wegleiter, Seifensieder, 77 J., 2½ Uhr; Thekla Weißlein, Bäckermeisterskind, 8 Mt., 1¾ Uhr; Frieda Daubner, städt. Arbeiterskind, 1 Mt. 4 Tag, 2¾ Uhr.

Nordfriedhof (Schwabing): Joseph Frei, Ökonom, 78 J., 2½ Uhr; Georg Dinzl, Tanzlehrer, 55 J., 3 Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Joseph Hanrieder, Heizer, 87 J., 3¼ Uhr; Johann Botschafter, Kinooperateur, 30 J., 3 Uhr; Georg Keller, Hauptlehrer a. D., 80½ J., k. n. Egenhofen; Hildegard Rahn, 6 Mt., 2 Uhr.

Waldfriedhof (Holzapfelkreuth): Sophie Mayerhofer, Maschinistentochter, 12 J. 10 Mt., 3 Uhr.

Sendlinger Friedhof: Magd. Heißerer, ehem. Schaustellerin, 74 J., 11½ Uhr.

*

Aus dem Rathaus

Gebührenberechnung nach dem Goldwert

Im Rathaus doktert man gegenwärtig an dem Leichnam des Stadthaushaltes herum. Wie schon mitgeteilt, hat der Finanzreferent zur „Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben" die automatische Gebührenerhöhung vorgeschlagen. Das hat die Marxisten nicht schlafen lassen, und sie treten nun ihrerseits mit ihrer Weisheit, verzapft von dem Juden Nußbaum, hervor, mit welchen Mitteln nach ihrer Anschauung das verkrachte Unternehmen auf Kosten der Bevölkerung wieder einigermaßen auf die Beine gebracht werden könnte. Sie schlagen in einem Antrag folgendes vor:

Die Sätze der Gebühren werden in der Zukunft nur mehr in Grundzahlen festgesetzt. Soweit noch Gebührenbewertungen seitens städt. Ämter und Stellen in Frage kommen sowie Gemeindesteuern, die in dieser Richtung an sondergesetzliche Bestimmungen gebunden sind, wäre im Sinne dieses Antrages auf eine beschleunigte Änderung dieser Gesetze und auch auf die Anwendungsmöglichkeit des Reichssteuerzinsgesetzes hinzuwirken; bis dorthin müßte eine Regelung getroffen werden, die es ermöglicht, diese Gefälle auf kürzestem Wege beizubringen und durch restlose Ausnützung der Bestimmungen, insbesondere des Kosten- und Stempelgesetzes, die Geldentwertung auszugleichen.

Die öffentliche Bekanntgabe der in Frage kommenden Gebühren und Steuersätze und die Erstellung der Rechnungen u. dgl. erfolgen unter gleichzeitiger Bekanntgabe der zu diesem Zeitpunkt für die Umrechnung in Papiermark geltenden Schlüsselzahl künftighin nurmehr in Grundzahlen.

Die Veranlagung und Insollstellung dieser Gebühren sowie ihre einnahmliche Verbuchung bei den städt. Kassen erfolgt künftighin grundsätzlich nur mehr in Grundzahlen. Die vereinnahmende Kasse hat zum Tagesschluß das in Grundzahlen geführte Einnahmenkonto in seiner Endziffer mit der geltenden Schlüsselzahl auf Papiermark zu bringen.

In Rückstand verbleibende Gebühren usw. sind mit aller Beschleunigung beizutreiben. Zur Erreichung dieses Zweckes haben die Kassen nach Ablauf der auf 5 Tage festzusetzenden Zahlungsfrist am 6. Tage nach Zustellung der Zahlungsaufforderung das Mahnverfahren einzuleiten.

Die Verzugszinssätze werden vom Stadtrat künftighin entsprechend der eingeführten Grundzahlenrechnung festgesetzt, ebenso die Mahngebühren.

Die den Geldeinhebern und Vollstreckungsbeamten ausgehändigten in Grundzahlen erstellten Rechnungen und Hebellisten sind von der Kasse bzw. von dem Vollstreckungsamt durch Stempelausdruck mit der zu diesem Zeitpunkt geltenden Schlüsselzahl zu versehen.

Zur Begründung wird angeführt:

Die Markentwertung macht die ordentliche Führung des Gemeindehaushaltes nahezu unmöglich. Trotz der fortwährenden Erhöhung der städtischen Gebühren mehren sich die Schwierigkeiten, den Etat auszugleichen. Keine dieser Erhöhungen kann den Bedürfnissen der Stadtgemeinde gerecht werden, weil die Gebühren nominell wohl rechtzeitig und in ausreichender Höhe festgesetzt, die rechnungsmäßig sich ergebenden Einnahmen schließlich auch hereinkommen, die Gelder jedoch zur Zeit ihres Einganges erheblich entwertet sind. Die zwangsläufige Folge dieses Zustandes ist eine immer auch aus diesem Grunde notwendig werdende weitere Gebührenerhöhung. Die allgemeine Wirtschaftslage und ihre zwangsläufige Auswirkung im Handel und Verkehr sowie die offensichtliche Entwicklung unseres Geldwesens, die mit der bis in die letzte Zeit verfochtenen währungstechnischen Theorie „Mark — Mark", aufzuräumen scheint, wird auch die großen Gemeindehaushalte zwingen, sich rechtzeitig, wenn auch schrittweise, den veränderten Wirtschaftsbedingungen anzupassen.

Die „offensichtliche Entwicklung unseres Geldwesens" ist gut gesagt. Wer hat sie denn heraufbeschworen, diese Entwicklung? Doch niemand anderer als die Marxisten mit ihrer blödsinnig-verbrecherischen Erfüllungspolitik. Und jetzt wollen sie den Retter in der Not spielen. Mit welchem Ergebnis, das wird sich bald zeigen.

*

Frauen im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes. Die Unmöglichkeit, ihre Meinung in der die Tätigkeit des Arbeitsamtes bestimmenden Körperschaften zur Geltung zu bringen, wird von den Frauen als unzeitgemäß empfunden und bedauert. Auch die in Aussicht gestellte Möglichkeit, bei der Bildung des einen oder anderen Fachausschusses berücksichtigt zu werden, kann den Frauen keinen Ersatz für den mangelnden Sitz im Verwaltungsrat bilden, nachdem die Frauenarbeit im allgemeinen im beständigen Wachsen begriffen ist.

Die Stadträtinnen haben deshalb den Antrag gestellt, der Stadtrat wolle beschließen, daß dem endgültigen Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes 2 Frauen angehören müssen; sie regen an, falls dies im Rahmen der vorhandenen Sitze nicht möglich ist, deren Zahl um je einen Sitz auf den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite zu vermehren, wie dies beim Landesarbeitsamt auch geschehen ist.

*

Gerichtssaal

Friedhofschänder

Wie seinerzeit berichtet, wurden anfangs dieses Jahres aus verschiedenen Friedhöfen der Umgebung von Grabsteinen hinweg Christuse aus Metall sowie Hunderte von Kilometern Telegraphen- bzw. Telephondrähte auf der Starnberger Strecke von den Telephonmasten herab gestohlen. Es hatten sich nun nicht weniger als 19 Angeklagte, darunter auch Jugendliche, teils wegen Verbrechens des schweren Diebstahls, teils wegen Begünstigung bzw. Verbrechens der Hehlerei und Beihilfe hierzu vor dem Volksgerichte München I zu verantworten. Den Beschuldigten liegt zur Last, und zwar dem ledigen Angeklagten Anton Bogner von Gräfelfing als Haupträdelsführer, daß er in 17, der verh. Hilfsarbeiter Franz Liebertseder von Simbach in 16 und der ledige Taglöhner Ludwig Zens von Neumarkt a. d. Rott in 12 Fällen an den Einbruchdiebstählen sich beteiligt zu haben.

Am 12. März 1923 gingen Bogner und der Angeklagte Hilfsarbeiter Georg Greilinger von Olching in den Friedhof zu Steinkirchen, wo sie eine mit Kupfer überzogene Christusplatte, Wert 50 000 M., sowie einen Christus im Werte von 120 000 M., einen kupfernen Weihwasserkessel, Wert 8000 M., und einen weiteren Kupferchristus, Wert 10 000 M., stahlen. In der gleichen Nacht entwendete Bogner, Greilinger und der weitere ledige Hilfsarbeiter Johann Zimmermann von Aubing aus dem Friedhofe in Gräfelfing eine Engelsfigur im Werte von 2½ Millionen Mark. Von da weg begaben sie sich alle drei nach dem alten Friedhofe in Pasing und stahlen dort den Kupfermantel eines großen Kreuzes im Werte von 500 000 M., weiters eine Kupfertafel, Wert 70 000 M., eine Kupferblecheinfassung, Wert 30 000 M., und eine Engelsfigur von 500 000 M. In der Nacht vom 29. März 1923 ging Bogner, Liebertseder und der ledige Maurer Jakob Bettinger von hier nach dem Friedhof in Obermenzing und stahlen von dem dort angebrachten Missionskreuz die Christusfigur aus Rotguß im Werte von über 100 000 Mark, sowie zwei Messingschalen nebst mehreren Messingtafeln im Gesamtwerte von über 90 000 Mark.

Vom 12. bis 13. Februar 1923 nachts entwendeten Bogner, Liebertseder und Zens an der Lindauer Strecke zwisch. Aubing und Puchheim 19½ Km. Telegraphendraht und verkauften ihn sofort um 48 000 M. Am darauffolgenden Tage stahlen alle drei auf der Starnberger Strecke etwa 918,39 Km. Leitungsdrähte. Außerdem entwendeten in Pasing Bogner, Liebertseder, Zens und ein gewisser Ertler (letzterer sprang nach seiner Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis an der Corneliusstraße vom zweiten Stockwerk in den Hofraum ab, wo er sofort verstarb), weitere 14,5 Km. Drähte. Von der Gesellschaft, der auch der ledige Schuhmacher Johann Schneider von Tondern, ferner der ledige Hilfsarbeiter Johann Wolf von hier, und der ledige Hilfsarbeiter Wilhelm Wammer von Bremerhaven angehörten, entwendeten die Erstgenannten in etwa 20 Fällen von der Bahnstrecke München-Allach Eisenbahnlaschen im Werte von 5 614 830 M. Die letzteren beehrten auch mit einem Besuche die Schießstätte in Allach, wo sie 25 elektrische Glocken und drei Bleiklötze im Gewicht von 172 Pfund entwendeten. Der Raub bzw. ihre Beute wurde sofort am nächsten Tage verkauft und der Erlös jeweils geteilt.

Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Volksgericht den Angeklagten Bogner wegen 16 Verbrechen des schweren Diebstahls zur Gesamtstrafe von sechs Jahren Zuchthaus, Liebertseder wegen 15 Verbrechen zu sechs Jahren Zuchthaus, Zens wegen 12 Verbrechen des schweren Diebstahls zu fünf Jahren Zuchthaus, Greilinger wegen drei Verbrechen zu drei Jahren Zuchthaus. Den vier Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je 10 Jahren aberkannt. Den Lammer verurteilte das Gericht zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis, den Schneider zu 3 Jahren Gefängnis, die Angeklagten Bettinger und Wolf zu je 1 Jahr Gefängnis. Wegen Hehlerei erhielten die in Untermenzing ansässigen Alteisenhändlerseheleute Karl und Marie Schwägerle Gefängnisstrafen von je 9 Monaten, die übrigen Angeklagten wurden teils freigesprochen, teils dem Jugendgerichte überwiesen. Nicht wenig überrascht war am 2. Verhandlungstag der in Haft befindliche Angeklagte Schwägerle, als ihm seine Ehefrau die Mitteilung machte, daß er bei der letzten Ziehung der preuß. Klassenlotterie einen Gewinn von einer Milliarde machte.

Bayern

Die Deutschenhetze in Nürnberg

Seit dem Deutschen Tag in Nürnberg, dieser machtvollen Bekundung der deutschvölkischen Freiheitsbewegung, ist an der Pegnitz eine wütende Deutschenhetze entbrannt, die ihren Gipfelpunkt in nachstehender unerhört frechen Entschließung fand, die die „Nürnberger Zeitung" unterm 12. d. M. veröffentlichte:

„Der Ortsausschuß des Afabundes und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat zu den Vorgängen der letzten Tage Stellung genommen und eine Entschließung gefaßt, in der zum Schluß gefordert wird: 1. Verbot aller Versammlungen, die sich mit der Schaffung von Sturmabteilungen befassen. 2. Verbot aller Versammlungen, die an die Gewalt appellieren. 3. Auflösung aller Vereine und Vereinigungen, die die Verfassung mit Gewalt ändern wollen. 4. Auflösung der Notpolizei. 5. Strengste Untersuchung und Bestrafung aller Schutzmannschaften, die sich gegen Verhaftete vergangen haben. 6. Um eine gerechte Behandlung aller Staatsbürger durch die Vollzugsorgane des Staates zu gewährleisten, fordern wir fristlose Entlassung aller Schutzleute und der Mannschaften der grünen Polizei, die den Nationalsozialisten, der Reichsflagge und den übrigen vaterländischen Kampfverbänden als Mitglieder angehören."

Hätten wir eine energische Regierung, so würde sie als Antwort auf diese Frechheit den Afabund — Affenbund sollte er sich lieber nennen — und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, die beide nichts anderes als national charakterlose, hochverräterische Organisationen sind, auflösen. Wir Deutschvölkischen haben genau dasselbe Recht auf die Straße wie die Marxisten, und wenn in diesen bei unserem Anblick das Judengift aufkocht, so sollen sie uns einfach aus dem Wege gehen.

Für diese Entschließung machen wir selbstverständlich nicht die Masse der in beiden Bünden Organisierten verantwortlich, wie wir überhaupt jedem geistigen und körperlichen Arbeiter das Recht zugestehen, seine wirtschaftlichen Interessen durch Zusammenschlüsse wahrzunehmen. Wir wissen auch, daß diese Entschließung bei der gesamten organisierten Angestelltenschaft einen Sturm der Entrüstung hervorrief, und daß **die Austritte geradezu listenweise erfolgten,** weil man sich eben politisch nicht länger terrorisieren lassen will.

Und was haben diese beiden Bünde denn für die in ihnen Organisierten wirtschaftlich geleistet? Ihr ganzes Können bestand darin, die Löhne und Gehälter immer wahnwitziger in die Höhe zu treiben, worauf ebenso automatisch wieder eine noch größere Steigerung der lebenswichtigsten Artikel erfolgte. Mit diesem gegenseitigen Hinaufschrauben kann man die wirtschaftlichen Nöte unserer Zeit wahrlich nicht lindern oder gar beseitigen.

Wie sehr aber der Deutsche Tag den Marxisten auf die Nerven fiel, geht aus dem Wutgebrüll der ganzen Judenpresse hervor. So faucht die „Rote Fahne" in einem Aufsatz „Soll Nürnberg eine Fascistendiktatur erleben oder wird die Arbeiterschaft das Wort haben?" wütend los, speit eine wahre Lavaflut von Lügen aus und gesteht in ihrer Wut sogar folgendes zu:

„Am Montag und Dienstag setzte die Gegenwehr der Arbeiterschaft in den Betrieben ein. Die Belegschaften aller Groß- und fast aller Mittelbetriebe verlangten die Entlassung der Fascisten. Die Bewegung nahm einen stürmischen Charakter an, der alle den Betrieben Fernstehende überraschte.

Zum Teil wurden die bisher am provokatorischsten auftretenden Fascisten aus den Betrieben hinausgejagt. Daß es dabei zu Zusammenstößen kam, in denen die Arbeiterschaft das Beispiel der Fascisten vom Sonntag nachahmte, ist nur zu begreiflich. Bis zum Mittwoch war es der Arbeiterschaft gelungen, die Betriebe fascistenrein zu machen."

Wir geben dem roten Ober- und Unterbonzengelichter den guten Rat, den Bogen nicht zu überspannen. Die Arbeiterschaft ist erwacht, sie hat das niederträchtige Spiel durchschaut, das die Novemberverbrecher mit ihr getrieben haben, indem sie das Paradies auf Erden versprachen und anstatt dessen ein Elend über Deutschland brachten, wie wir es seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr erlebt haben. Wir werden die von den Marxisten bedrohten deutschen Arbeiter zu schützen wissen, und der Tag ist nicht mehr ferne, an dem die ganze Novemberherrlichkeit wie ein Bovist auseinanderplatzen und an dem eigenen Gestank verrecken wird.

Unerhörte marxistische Gewaltakte

Anfrage an den Staatsminister des Innern Dr. Schweyer.

Seit einigen Wochen mehren sich die Gewaltakte der Marxisten in und um München in geradezu unerhörter Weise, ohne daß diese als „Entschuldigung" etwa Herausforderungen seitens der Vaterländischen Verbände geltend machen könnten. Nach dem Erlaß der Notverordnungen sieht man in den Straßen Münchens keine Hakenkreuzbanner mehr, unsere Parteigenossen halten sich auf das äußerste zurück und vermeiden alle Zusammenstöße.

Um so unverschämter benehmen sich die Marxisten. Wir haben in der gestrigen Ausgabe unseres Blattes von dem Überfall berichtet, dem ein Oberleutnant der Landespolizei auf dem Wege von Grünwald nach Pullach zum Opfer fiel. Hierzu erfahren wir, daß an diesem Tage — es war am letzten Sonntag — Marxisten eine militärische Übung in dieser Gegend abhielten, zu welcher sie nicht nur uniformiert, sondern auch bewaffnet ausrückten, denn sie trugen alle dolchförmige Seitengewehre und Revolver. Wie uns von einwandfreien Zeugen, angesehenen Persönlichkeiten, entrüstet mitgeteilt wird, wurde jedermann, der ein vaterländisches Abzeichen trug, von diesen roten Strolchen überfallen, mehr oder minder schwer mißhandelt und ihm das Abzeichen heruntergerissen. Die Anzeigen darüber, die der Gendarmeriestation von Pullach erstattet wurden, blieben unbeachtet. Offenbar hatten die Wächter der Ordnung nicht die Schneid, gegen das rote Gelichter vorzugehen.

Wir richten daher an den Staatsminister des Innern Dr. Schweyer die Anfrage, wie lange er noch untätig diesem unerhörten roten Terror zuzusehen gedenkt? Er darf sich nicht wundern, wenn bei längerem Säumen die gepeinigte Bevölkerung zur Selbsthilfe greift. Und was sagt Ministerpräsident Dr. v. Knilling nach seiner Tuntenhausener Rede dazu?

Vor schweren Erschütterungen

München, 17. September.

Auf der bereits gemeldeten Kreisversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins Oberbayern in Erding hielt der Regierungspräsident von Oberbayern Dr. von Kahr eine längere Rede. Er erinnerte zunächst daran, daß er vor zwei Jahren darauf hingewiesen habe, wozu es führen müsse, wenn das deutsche Volk sich wehrlos macht (Die Einwohnerwehren haben Sie doch selbst geopfert, Exzellenz?), wenn man sich dem Geschwätz und der Vorspiegelung von einem ewigen Frieden und von einer Völkerversöhnung hingibt, während doch außerhalb Deutschlands in der ganzen Welt niemand für solchen Schwindel zu haben ist. Der Schandvertrag von Versailles greift heute unserem deutschen Volke nach seinem Leben, und wir werden daran zugrunde gehen. Wir sind ein Volk von Millionären geworden und doch bettelarm. Jenes Novemberverbrechen hat unser Volk tief ins Elend und ins Verderben geführt. Der deutsche Landwirt weiß, daß die Landwirtschaft das Herz des Organismus unseres Volkes ist, und daß es aus ist mit dem Leben, wenn dieses Herz seine Arbeit einstellt. Darum muß er alles daransetzen, daß es in der Zufuhr des lebenspendenden Blutes keine Störung gibt, daß unsere Städte mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Wir stehen vor großen Erschütterungen unseres Staatswesens, und da muß die Landwirtschaft das ihre dazu beitragen, daß es nicht zu einem [illegible] aller gegen alle kommt.

Der Nuntius auf Reisen

Der päpstliche Nuntius Msgr. Pacelli ist am Sonntagabend wieder nach Berlin abgereist.

Brandversicherung

Am 31. Juli hat der Landtag mehrere Änderungen des Brand-, wie auch des Baunotversicherungsgesetzes einstimmig beschlossen. Auf die wichtigsten sei im nachfolgenden hingewiesen:

a) **Brandversicherung.** Die im Gesetze festgelegten Beitragssätze für die vier Bauartklassen können durch Satzung erhöht oder ermäßigt werden. Auch bei der Anstaltsversicherung können zu den sich berechnenden Beiträgen je nach Bedarf Nachschüsse in Form von Umlagen während des Jahres erhoben werden. Durch die Satzung werden Mindestversicherungen festgesetzt; zunächst werden für das laufende Jahr 1922/23 die Beiträge des letzten Friedensjahres 1913/14 auf das 10 000fache erhöht und dementsprechend auch die Versicherungssumme und Entschädigung. Ausgenommen sind die Gebäude im öffentlichen Eigentum, ebenso bleiben die versicherten Zugehörungen (Maschinen) von dieser Erhöhung unberührt. Die Einhebung dieser erhöhten Beiträge beginnt sofort. Für verspätete Zahlungen werden Zuschläge für Geldentwertung und Zinsentgang, wie auch für Mahnungskosten erhoben. Die Erhöhung oder Ermäßigung der Beitragssätze tritt erst vom 1. Okt. d. J. an in Wirksamkeit. Die Beiträge für landwirtschaftliche Betriebsgebäude werden verdoppelt, für landwirtschaftliche Wohngebäude auf das Eineinhalbfache erhöht. Bei einer überbauten Grundfläche von mehr als 1500 Quadratmeter wird ein Zuschlag von $^{2}/_{10}$ erhoben. Wird nach Aufnahme in die Versicherung die Schadengefahr erheblich erhöht, und nicht sofort Anzeige erstattet, so kann die Entschädigung abgelehnt und der hinterzogene Beitrag im dreifachen Betrage nacherhoben werden. Für Kriegsschäden haftet die Anstalt nicht, für Aufruhrschäden nur dann, wenn eine besondere Versicherung hiewegen ausdrücklich abgeschlossen ist. Diese umfaßt aber nur Brand- und Zerknall- (Explosions-) Schäden, nicht auch Trümmerschäden. Diese müßten anderweitig versichert werden, wobei auch Brand- und Zerknallschäden mitversichert werden könnten.

b) **Baunotversicherung.** Hier wurde der Grundgedanke, daß an der Baunotversicherung (B.N.V.) nur solche Gebäude teilhaben sollen, welche im Schadensfall trotz der ungeheuren Baupreise aus Gründen einer vernünftigen zeitgemäßen Wirtschaft sofort wiederhergestellt werden müssen, noch schärfer ausgedrückt. Je ärmer das Volk wird, desto enger muß der Begriff der zeitgemäßen Wirtschaft gefaßt werden; denn alle Zuschüsse, welche zur Wiederherstellung der brandbeschädigten Gebäude gegeben werden müssen durch Umlagen aus den Taschen der Versicherten herausgeholt werden. Diese Beitragspflicht der Versicherten darf aber nur in Anspruch genommen werden, wenn und insoweit die wirtschaftliche Notwendigkeit die sofortige Wiederherstellung eines Gebäudes fordert. Aus der B.N.V. scheiden daher alle Gebäude aus, welche sowohl nach Zweckbestimmung und Verwendung, wie auch nach Umfang und Ausstattung über die Grenzen des unbedingt Erforderlichen hinausgehen, also alle Prunkbauten, Paläste, Schlösser, auch Landhäuser, welche nur während eines Teiles des Jahres benützt werden und dem Wohnungsmarkt nach ihrer Lage nicht dienen können, ferner die Alpenschutzhütten, Berggasthäuser und dergl. Ausgeschlossen sind auch alle sog. Monumentalbauten mit Einschluß der großen, prächtigen Kirchen, kurz, alle Gebäude, deren Wiederherstellung solche Kosten verursachen würde, daß sie den Versicherten während der großen Not des Volkes nicht zugemutet werden könnten. Aus dem gleichen Grunde können künftig auch an sich notwendige Gebäude abgelehnt und ausgeschlossen werden, welche durch ihre Größe und ihren Wert unerschwingliche Entschädigungen erfordern würden. Die gleichen Gesichtspunkte sind im Schadensfalle maßgebend. — Trotzdem die Zahl der Brände bis jetzt gegenüber den Vorjahren erheblich geringer ist (gegen das Vorjahr um 42 Prozent), so sind die Zuschüsse schon jetzt auf 10 Milliarden M. gestiegen und erhöhen sich von Woche zu Woche um 1—2 Milliarden. Die B.N.V. kann nur aufrechterhalten werden, wenn die Besserung des Schadenverlaufes anhält. Daß bei allerdings gutem Willen die Brandgefahr erheblich verringert werden kann, haben die Kriegsjahre gezeigt.

Daher ist Feuerverhütung jetzt erste Pflicht! Prüfe jeder Gebäudebesitzer persönlich die Feuerstätten (Kamine) und die elektrischen Anlagen, und dulde keine Fahrlässigkeit seiner Leute. Durch gegenseitige Kontrolle können Mißstände rechtzeitig beseitigt werden.

Bayer. Rundschau

Regensburg. (Doppelselbstmord.) Die Polizei fand am Sonntagabend hinter der Chevaulegers-Kaserne einen Unterwachtmeister der Landespolizei und seine Geliebte mit je einem Kopfschuß tot auf. Aus Briefen, die man bei den Leichen gefunden hat, geht hervor, daß die Beiden den Tod in gemeinsamem Einverständnis gesucht hatten.

Füssen. (Generalfeldmarschall von Hindenburg) ist am Sonntagvormittag mit dem Auto in Hohenschwangau eingetroffen und besichtigte das Schloß Neuschwanstein. Einheimische, die den greisen Feldmarschall sofort erkannten, haben ihm einen freudigen Willkomm bereitet. Hindenburg sprach sich sehr anerkennend über seine gewonnenen Eindrücke aus.

Nürnberg. (Gegen den Lederwucher.) Eine Versammlung der Nürnberger Schuhmachermeister protestierte gegen den Lederwucher, der sich zur Zeit geltend macht. Die Hauptursache liege in den Häuteversteigerungen und Fellauktionen. Bekanntlich befindet sich der Lederhandel zum größten Teil in Judenhänden.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Sektionsversammlungen

Mittwoch, den 19. September:

Sekt. Westend: Sprechabend im Nebenzimmer des Spatenkellers, Theresienhöhe.

Sekt. Schwabing-Pinakothek: Der nächste Versammlungsabend der Sektion Schwabing-Pinakothek findet Mittwoch, den 19. September, abends 8 Uhr, im Gasthofe „Arcisgarten" statt. (Das bisherige Versammlungslokal wurde zu klein.)

*

Alte Uniformen

Wer schenkt der 1. Kompagnie des Regiments München Felduniformen (Waffenrock, Hose, Mantel), sowie Ausrüstungsstücke (Krätzchen, Koppel usw.)?

Abzuliefern: Schriftleitung, Schellingstraße 39/I, oder bei Petzendorfer, Gabelsbergerstraße 1/II.

Der Führer der 1. Kompagnie.

Deutschvölkischer Alpenverein

Donnerstag, den 20. Sept., abends 8 Uhr: Vortrag des Herrn Panzerbieter „Die Bevölkerung in den Alpen nach ihrer Rasseneinteilung und deren geschichtliche Entwicklung" im Rokokosaal der Hackerbrauerei, Sendlinger-Ecke Hackenstraße. Skifahrer werden gebeten, sich zu engerem Zusammenschluß einzufinden.

---

hat, und es so vollkommen geben als er kann. Darum ist das „Bad der Diana" eigene und höchste Kunst.

Wer sich still und empfänglich vor diese Bilder stellt, der genießt unmittelbar, der ahnt, was Marées uns weiter hätte bieten können, wenn er nicht die Bedingung zum organischen Zerfall seiner Kunst in sich getragen hätte: das jüdische Blut.

Seine Mutter mag „eine Jüdin von reicher Bildung des Herzens und Geistes" und dem Sohn eine gute Mutter und Freundin gewesen sein (nach den Worten Meier-Graefe's), sie hat aber das alte Gesetz sich erfüllen lassen, das für den einzelnen Menschen genau so gilt wie für das Volk und den Staat: der Arier trägt mit den Juden das Verhängnis in sich.

Es ist nicht Zweck dieser Zeilen, die Kunst Marées' aus agitatorischen Gründen herunterzuziehen, es soll im Gegenteil das Verständnis geweckt werden, zur Beurteilung auch seiner späteren Werke und Teilnahme für die tiefe Tragik seines Künstlertums. Für seine höchste Sehnsucht hat er seinen ganzen, reich begabten Menschen eingesetzt, und er hat Unsterbliches geschaffen.

O. v. K.

*

Theater

Gärtnerplatztheater: Detektivmädel. Herr Jessel, der Vater schon eines anderen Mädels, des Schwarzwaldmädels, möchte uns auch heute noch von seiner künstlerischen Potenz überzeugen. Sein Textdichter August Neidhart hat ihm ein Libretto vorgesetzt, das weniger Anspruch auf vollendeten Aufbau, Dramaturgie und moralphilosophische Absichten, als auf Humor, Situation und nochmal Situation macht. Die famos instrumentierte Musik verfügt über ein hinlängliches Maß melodischer Reize und geschmackvoller Wendungen.

Das Ensemble des Gärtnerplatztheaters zeigte sich wieder einmal von seiner besten Seite. Seibold als Polizeipräfekt, Hoenselaers als Ehemann auf dem Liebespfad, Olschinski mit seinem unverwüstlichen Gelegenheitshumor; die Damen Riemz (welche zusehends an Bühnensicherheit gewinnt), Engström und Klinkicht hielten zusammen mit dem unter Werther flott musizierenden Orchester die Neuheit bis zum letzten Aktschluß durch.

Dr. B.

Kleine Nachrichten

Dichterfreiheitsbund „Der Hain". Sämtliche Leser des „Völkischen Beobachters", die produktiv dichterisch tätig sind, senden ihre Anschrift sofort an die Leitung des Bundes: Gerhardt Schmid-Friesen, Stuttgart, Senefelderstr. 13, ein! Am 15. Oktober soll voraussichtlich eine Tagung des Bundes in Weimar stattfinden. Die einzelnen Mitglieder werden hiervon noch benachrichtigt werden. Der Dichterfreiheitsbund „Der Hain", in dem der Geist Theodor Körners lebendig ist, hat sich zur Aufgabe gesetzt, in Wort und Schrift auf die kommende Freiheitsbewegung vorzubereiten, das Volk zu begeistern und es zur Liebe zum Vaterland zu führen. Endlich verpflichten sich die Mitglieder, wenn der Sturm losbricht, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und, was sie gesungen, mit dem Schwerte zu bewahrheiten.

Der Blitz im Aberglauben der Araber. Einem merkwürdigen Aberglauben huldigen die Araber; sie sind fest überzeugt, daß bei jedem Blitzschlage gleichzeitig ein Stück meteorisches Eisen auf die Erde fällt und daß man durch Verschaffung eines solchen Eisenstückes einen großen Schatz gewinnen könne, weil die daraus gefertigten Schwerter und Messer unübertrefflich seien. Sie glauben, daß diese in der Schlacht durch wundertätige Kraft ihren Eigentümer schützen und ihm auch gegen den Blitz Schutz verleihen. Von dem Häuptling Sheik Nasr im Pakkalagebirge wird erzählt, daß seine Heldentaten im Kampfe gegen die Ägypter um seine und seines Volkes Selbständigkeit nur auf den Besitz eines solchen Schwertes zurückzuführen sind. Ein anderer Aberglaube besteht darin, daß das durch den Blitz verursachte Feuer dann nicht um sich greifen könne, wenn etwas Milch darauf gegossen werde. Dieser Aberglaube hat eine Ähnlichkeit mit einem anderen, daß Wasser meteorisches Eisen verdirbt, aus welchem Grunde es auch in der Schmiede mit Milch statt mit Wasser bearbeitet wird.

Kos.

Handel-, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Enttäuschung

„Das Ergebnis der sogenannten wertbeständigen Anleihe beträgt 75 Millionen Goldmark. Es wird sich durch Erfassung der Devisen vor dem endgültigen Zeichnungsschluß voraussichtlich noch erhöhen. Gleich nach Schluß der Zeichnung soll der Börsenhandel in die Wege geleitet werden, der an fünf Tagen der Woche, außer Samstag, stattfinden soll."

Der Charakter dieser gestrigen amtlichen Auslassungen ist durchsichtig. Die Regierung stellt sich zufrieden, besonders in Hinsicht auf das Fiasko der Dollaranleihe, die bekanntlich zu nur 50 Millionen Goldmark gezeichnet worden ist. Man will das Versagen der zweiten wertbeständigen Anleihe aus der geschwächten Kaufkraft und Sparkraft der breiten Massen, aus der reichlichen Verspätung des Ansatztermins u. dgl. erklären.

Die Goldanleihe sollte unter Haftung der gesamten deutschen Wirtschaft bis zur Höhe von 500 Millionen Goldmark einen sechsfachen Betrag des tatsächlich gezeichneten erbringen. Diese „Volksanleihe größten Stiles", welche mit allen Mitteln pressetechnischer Propaganda lanciert wurde, hat trotz ihrer augenfälligen Vorteile für die großen Zeichner gerade diese Kreise nicht allzu sehr begeistert. Man denkt eben heute weniger als je daran, sich von den „privatwirtschaftlichen Sicherungen" zu trennen, die manchen kleinen Zeichner der Kriegsanleihen allzu spät das System der Anleiheenteignung erkennen ließen.

Trotz des Unfugs, der namentlich in den letzten Tagen des Zeichnungstermins durch Berechnung nach dem Dollarkurs des Vortages getrieben werden konnte, ist also das Ergebnis der Goldanleihe eine schwere Enttäuschung für Herrn Stresemann. Er hat zur Zeit seines Amtsantrittes die Sanierung der deutschen Finanzen durch Entlastung der Notenpresse und Schaffung einer wertbeständigen Währung proklamiert. Dazu sollte die Anleihe ein erster Schritt sein. Dieser Gehversuch ist kläglich genug ausgefallen, so kläglich wie alle bisherigen wirtschaftspolitischen Reformversuche der neuen Regierung.

Die Regierung hat sich in der Zeichnungswilligkeit der goldkredit- und -umsatzfähigen Wirtschaftskreise schwer verrechnet. Die in der Anleihe angebotene wertbeständige Kapitalsanlage mit 6prozentiger Verzinsung, Befreiung von der Börsenumsatzsteuer, Rückzahlung nach 12 Jahren unter Verhaftung des gesamten Privatvermögens: all diese Vorteile ersetzen eben nach Anschauung gewisser Wirtschaftskreise keinesfalls die Chancen unmittelbarer Gewinnausnützung zu, wie es etwa die Effektenspekulation gewährleistet. Damit wird auch der angebliche Hauptzweck der Goldanleihe hinfällig, mit welchem eine Unterstützung der neuen Währung und eine wirksame Entlastung der Notenpresse beabsichtigt war. Die Inflation wird also keine wirksame Einschränkung erfahren, nennenswerte größere Papiermarkbeträge sind also nicht gebunden worden: und als Antwort auf das Fiasko der Anleihe hat der Dollar die Höhe von 300 Millionen erreicht.

Deutscher Außenhandel im Juli

Auch im Juli 1923 stand der deutsche Außenhandel im Zeichen des Ruhreinbruchs und aller damit zusammenhängenden Ereignisse. Die noch immer andauernde Besetzung der Zollstellen und die Vertreibung der Beamten hat die Außenhandelsstatistik wie in den vergangenen Monaten d. J. lückenhaft gemacht. Alle Zahlen, die gegeben, und alle Vergleiche, die mit früheren Monaten und mit dem Vorjahre angestellt werden, unterliegen daher diesem Vorbehalt. Es betrug die

	Einfuhr Juli	Einfuhr Juni	Ausfuhr Juli	Ausfuhr Juni
Menge in 1000 Doppelzentner	41 596	48 066	10 540	8 897
darunter:				
Lebensmittel und Getränke	3 020	2 599	903	758
Rohstoffe und halbfertige Waren	36 972	44 239	6 462	5 253
Fertige Waren	1 590	1 217	3 174	2 885

Die Folgen des Ruhreinbruches zeigen sich in der nach wie vor außerordentlich hohen Kohlen- und Kokseinfuhr. An Steinkohlen wurden beispielsweise annähernd 23 Millionen Tonnen, d. h. mehr als das Doppelte des Monatsdurchschnitts des Vorjahres eingeführt, so daß auch der Durchschnitt der sieben Monate Januar bis Juli 1923 den doppelten Betrag der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres überschreitet. Bei Koks ist sogar die Einfuhr mit 1,9 Millionen Doppelzentner auf fast das achtfache des Monatsdurchschnitts des Vorjahres gewachsen. Die Einfuhr von Eisenerz hat sich dagegen weiter vermindert und ist mit 1 215 950 Doppelzentner gegenüber 1 787 900 Doppelzentner im Vormonat auf weniger als ein Siebentel des Monatsdurchschnittes des Vorjahres gefallen, der 9 178 110 Doppelzentner betrug.

Anderseits ist wiederum eine gegenüber dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres stark verminderte, wenn auch gegenüber dem Vormonat ein wenig gestiegene Ausfuhr an Walzwerkerzeugnissen, Eisenwaren und Maschinen festzustellen. An Walzwerkerzeugnissen und Eisenwaren wurden nämlich im Juli 697 930 Doppelzentner ausgeführt, im Vormonat 591 710 Doppelzentner und im Monatsdurchschnitt des Vorjahres 1 930 150 Doppelzentner, an Maschinen im Juli 276 220 Doppelzentner, im Vormonat 182 470 Doppelzentner und im Monatsdurchschnitt des Vorjahres 399 140 Doppelzentner. Nicht weniger scharf drückt sich der Produktionsrückgang der deutschen Eisen- und Maschinenindustrie darin aus, daß die Einfuhr von Roh- und Brucheisen mit 340 880 Doppelzentner weniger als die Hälfte der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres (792 830 Doppelzentner), die Ausfuhr von Roh- und Brucheisen dagegen mit 538 160 Doppelzentner mehr als das Doppelte der Monatsdurchschnittsausfuhr des Vorjahres (225 660 Doppelzentner) beträgt.

Auch die Verminderung der Einfuhr an Getreide und Futtermitteln und die Erhöhung der Einfuhr von Müllereierzeugnissen und Fleisch verdient Beachtung, gleich der Tatsache, daß der deutsche Holzbedarf, zwar in geringerem Maße als im Vormonat, aber in noch immer wesentlich höherem Umfange als im Monatsdurchschnitt des Vorjahres Befriedigung im Ausland gesucht hat.

Schöne Seelen finden sich

Der russische Volkskommissar für Finanzen, Sokolnikoff, weilt gegenwärtig in Berlin, um beim Reichsfinanzminister Hilferding über Zulassung der russischen Goldnote, des Tscherwonetz, zum Handel an den deutschen Börsen vorstellig zu werden.

Sowjetrussisches. Die Moskauer Städtische Bank vergrößert ihr Grundkapital um 35 000 Aktien zu 100 Goldrubel.

Der Rat der Volkskommissare bestätigte den Entwurf des Finanzkommissariats über die zwangsweise Unterbringung der Obligationen der Goldanleihe unter den vermögenden (!) Klassen der Bevölkerung. Personen, die staatliche Einkommen- und Vermögenssteuer zahlen, sind verpflichtet, bei der Einzahlung der Steuern in die Kasse des Finanzkommissariates je nach ihrer Steuerstufe Obligationen der Goldanleihe zu erwerben. Der gleichen Verpflichtung unterliegen diejenigen, die Handelspapiere für Handels- und industrielle Unternehmungen bzw. Gewerbescheine einzulösen haben. Die auf dem Zwangswege erworbenen Obligationen tragen einen besonderen Vermerk und dürfen weder beliehen noch an der Börse gehandelt (!) werden.

Devisenablieferung in Rußland. Das Moskauer Finanzkommissariat hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, zufolge dem 20 v. Hundert der Ausfuhrdevisen abgegeben werden müssen. Ein zweiter Gesetzentwurf ist in Vorbereitung, nach dem 50 v. Hundert der Zölle in fremden Valuten zu entrichten sind. Ferner sollen die nach Rußland Einreisenden, wenn sie weniger als 500 Goldrubel mit sich führen, in Zukunft von der Verpflichtung befreit sein, diese Beträge der Staatsbank abzuliefern.

Amerikanischer Außenhandel im August. Der Wert der Ausfuhr erreichte im Monat August eine Höhe von 313 Millionen Dollar gegen 310 Mill. Dollar im Vormonat und 302 Mill. Dollar im August des Vorjahres. An Gold wurden 2 201 000 Dollar gegen 523 000 Dollar im Vormonat ausgeführt, an Silber 7 032 000 Dollar gegen 6 233 000 Dollar im Vormonat. Eingeführt wurden Waren im Werte von 275 Mill. Dollar gegen 284 bzw. 271 Millionen Dollar im Vormonat und Vorjahr. Gold wurde im Werte von 32 837 000 Dollar gegen 27 929 000 Dollar im Vormonat eingeführt, Silber im Werte von 6 466 000 Dollar gegen 10 066 000 Dollar.

Wirtschaftsrundschau

Über die Wirtschaft- und Arbeitsmarktlage in Bayern im Monat August 1923 teilt das Bayerische Statistische Landesamt mit: Die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Währungsverfall fast allenthalben durchgeführte Goldmarkrechnung brachte die Angleichung des Inlandswertes der Mark an ihren Auslandswert und damit Preise, mit denen das Betriebskapital von Industrie und Handel und noch weniger das Einkommen der Konsumenten Schritt halten konnte. Die Absatzstockung machte sich jedoch nicht bloß auf dem Inlandsmarkt geltend, sondern erstreckte sich, wie die Leipziger Herbstmesse zeigte, auch auf den Export. Die Rohstoffversorgung litt teilweise infolge der Ruhrbesetzung und der Betriebsmittelknappheit, die Brennstoffversorgung insbesondere infolge der stockenden Zufuhr aus der Tschechoslowakei. Die Absatzstockung wirkte sich aus in zahlreichen Betriebseinschränkungen und -einstellungen. Die durch die rapid zunehmende Teuerung bedingten Lohnbewegungen vollzogen sich in verhältnismäßig ruhigen Bahnen, immerhin kam es auch im Berichtsmonat wieder verschiedentlich zu Arbeitsniederlegungen. Auf 100 offene Stellen kamen im August 271 männliche und 127 weibliche Arbeitsuchende im rechtsrheinischen Bayern. Da die Arbeitsmarktlage in der Pfalz infolge der dortigen politischen Verhältnisse schon bisher schlechter war als im übrigen Bayern, so ist anzunehmen, daß die Lage für männliche Arbeitskräfte in Bayern einschließlich der Pfalz im August eine noch stärkere Verschlechterung erfahren hat. Günstige Verhältnisse bestanden für männliche Arbeitnehmer nur noch in der Land- und Forstwirtschaft und im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgräberei. Alle übrigen Berufsgruppen weisen mit Ausnahme des Bekleidungsgewerbes mehr oder weniger starke Verschlechterungen auf. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt trat im August gegenüber dem Vormonat keine wesentliche Änderung ein. Der Bedarf an Arbeitskräften konnte hier wieder in der Land- und Forstwirtschaft, Gast- und Schankwirtschaft und in den häuslichen Diensten nicht gedeckt werden.

Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber. Der Bayer. Bodenkreditanstalt in Würzburg wurde die Genehmigung erteilt, innerhalb der gesetzlichen und satzungsmäßigen Umlaufsgrenze nachstehende, auf den Inhaber lautende, in Stücke zu 1 000 000, 500 000, 200 000, 100 000 und 50 000 M. eingeteilte Schuldverschreibungen in den Verkehr zu bringen:

a) 1000 Millionen bis zum Jahre 1928 unverlosbare und unkündbare, im übrigen seitens der Bank vom Ausgabetag an binnen 60 Jahren im Wege der Verlosung, Kündigung oder des freihändigen Rückkaufes tilgbare Kommunalschuldverschreibungen (Folge 4),

b) 500 Millionen Mark seitens der Bank vom Ausgabetage an binnen 60 Jahren im Wege der Verlosung, Kündigung oder des freihändigen Rückkaufes tilgbare Kommunalschuldverschreibungen (Folge 5).

Die Verzinsung der Schuldverschreibungen unter a und b erfolgt zum Reichsbankdiskontsatz abzüglich 2 Prozent, jedoch mit höchstens 20 Prozent und mindestens 7 Prozent.

Die Budapester städtischen Vorkriegsschulden. Kommende Woche beginnen in Budapest, wie uns unser dortiger Korrespondent drahtet, Verhandlungen zwischen der Stadtvertretung und den deutschen Gläubigern der Stadt Budapest über die Regelung der Vorkriegsschulden. Gelegentlich der Verhandlungen mit den übrigen ausländischen Gläubigern der Stadt Budapest haben die Deutschen die Unterzeichnung des getroffenen Abkommens verweigert, weil sie eine weitergehende Valorisierung der Budapester Obligationen forderten, als sie die ungarischen Vertreter zugestehen wollten. Die Deutschen forderten, daß alle von Deutschen übernommenen, auch der gegenwärtig im Ausland befindliche Teil der Titres in der Valuta des Landes bezahlt werde, in dem sie gegenwärtig untergebracht sind, während die Ungarn dies nur bezüglich jener Titres zugestehen wollten, die schon zur Zeit der Emission der Anleihen im nichtdeutschen Auslande untergebracht waren.

Der Devisenhandel von Bankangestellten. Dem Kommissar für Devisenerfassung ist bekannt geworden, daß Angestellte von Banken mit Duldung ihrer Bankleitung oder ohne deren Wissen in der Weise ausländische Zahlungsmittel erwerben, daß sie sie einem verkaufenden Kunden abnehmen, ohne daß die Banken selbst von der Kaufgelegenheit Gebrauch machen. Bei dem Erwerb dieser ausländischen Zahlungsmittel werden die Vorschriften der Devisengesetzgebung außer acht gelassen. Sollten solche Verstöße festgestellt werden, so haben Käufer wie Verkäufer Bestrafung zu gewärtigen außerdem wird der Devisenkommissar in diesem Falle von dem ihm zustehenden Rechte der Entziehung der Devisenhandelsbefugnis gegenüber den betreffenden Banken Gebrauch machen.

Eine Goldmark-Lebensversicherung. Die „Agrippina" See-, Fluß- und Landtransportversicherungs-Gesellschaft in Köln, zu deren Konzern der „Kölner Lloyd", die „Mitteleuropäische" und der „Rheinisch-Westfälische Lloyd" gehören, haben, um ihre Organisationen auch auf das Gebiet der Lebensversicherung auszudehnen, unter der Firma „Goldmark"-Lebensversicherungsbank, A.-G., in Berlin, eine neue Konzerngesellschaft gegründet. Die Gesellschaft ist mit einem Aktienkapital von 500 Mill. M. und einem Organisationsfonds von 100 000 Goldmark ausgestattet worden. Die neue Gesellschaft soll die Lebensversicherung auf reiner Goldmarkbasis in neuer Form betreiben.

Münster. Amylo Deutsche Getreide-Import-Bank, A.-G., Auf Anregung der Einkaufsgesellschaft deutscher Getreidebrennereien ist gestern unter dem Namen „Amylo Deutsche Getreideimport-Bank Aktien-Gesellschaft" mit dem Sitz in Münster (Westfalen) eine Aktiengesellschaft gegründet worden, die vornehmlich die Finanzierung der von den deutschen Getreidebrennereien zu tätigenden Rohstoffeinkäufe durchführen soll. Das Gründungskapital der Gesellschaft beträgt 21 Milliarden Mark, von denen eine Milliarde Mark auf Vorzugsaktien mit erhöhtem Stimmrecht entfallen.

Hopfenausfuhrverbot. Im Reichsanzeiger vom 17. September wird eine Bekanntmachung des Reichsernährungsministers bekanntgegeben wonach ab 17. September Hopfen von der Ausfuhr-Freiliste zu streichen ist. Mit besonderer Erlaubnis des zuständigen Ministeriums wird ein Ausfuhr-Freikontingent in Höhe von rund 25 000 Zentnern freigegeben werden.

Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank betrug im August 817,1 Billionen gegen 76,6 Billionen im Juli und 0,37 Billionen im August vorigen Jahres.

Wertbeständige Tabaksteuern. Der Reichsrat wird sich in diesen Tagen mit einem vom Reichsfinanzministerium eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Tabaksteuergesetzes beschäftigen. Durch diesen Gesetzentwurf soll für die Tabaksteuer die Wertbeständigkeit eingeführt und der für die Zahlung der Tabaksteuer bisher gewährte Zahlungsaufschub aufgehoben werden. Der Entwurf sieht vor, daß (bei der Wertung der Kleinverkaufspreise in Gold) die Tabaksteuer in Gold erhoben werden soll. Es sollen u. a. folgende Steuersätze eingeführt werden: Zigarren im Kleinverkaufspreise bis zu 2 Pfg. pro Stück 4 M. pro 1000 Stück; 3 Pfg. pro Stück 6 M. pro 1000 Stück; 4 Pfg. pro Stück 8 M. pro 1000 Stück; 5 Pfg. pro Stück 10 M. pro Stück usw. bis zu 30 Pfg. pro Stück oder mehr 60 M. pro 1000 Stück. Zigaretten im Kleinverkaufspreis bis ½ Pfg. pro Stück 2 M. pro 1000 Stück; 1 Pfg. pro Stück 4 M. pro 1000 Stück; 1½ Pfg. pro Stück 6 M. pro 1000 Stück; 5 Pfg. pro Stück 20 M. pro 1000 Stück. Fein geschnittener Rauchtabak im Kleinverkaufspreise bis zu 3 M. pro Kilogramm 1,20 M. pro Kilogramm; zu 5 M. pro Kilogramm 2 M. pro Kilogramm usw.; zu 20 M. pro Kilogramm. Pfeifentabak bis zu 1 M. pro Kilogramm 20 Pfg. pro Kilogramm; zu 2 M. pro Kilogramm 40 Pfg. für ein Kilogramm; 50 Pfg. für ein Kilogramm oder mehr 2 M. für ein Kilogramm. Kautabak in Rollen oder Stangen bis zu 6 Pfg. pro Stück, 3 M. pro 1000 Stück usw. Schnupftabak im Kleinverkaufspreise bis zu 1 M. pro Kilogramm 10 Pfg. pro Kilogramm. Zigarettenpapier 2 M. für 1000 Zigarettenhülsen. Als Wertmesser für die Umrechnung soll das Goldzollaufgeld in Betracht kommen.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Umrechnung fremder Währungen bei Berechnung der Wechselsteuer, eine Verordnung über die Wechselsteuer vom 14. September, eine zweite Verordnung über die Erhöhung der Steuersätze des Kapitalverkehrssteuergesetzes, eine Verordnung über Höchstpreise für Zement, eine Bekanntmachung über das Verbot der Ausfuhr von Hopfen und eine Bekanntmachung über die ab 17. September geltenden Brennstoffverkaufspreise in Goldmark.

Berlin. Goldzollaufgeld. Vom 19. bis 21. September einschließlich beträgt das Goldzollaufgeld 2 179 999 900 %.

Preisbewegung

Die Vereinigung Mitteldeutscher Hohlglasfabriken gibt bekannt: Die bisherigen Grundpreise dividiert durch zwanzig, sind die künftigen Goldmarkpreise. 1 Goldmark gilt gleich 1 Schilling. Jedoch werden auf die Grundpreise der einzelnen Listen folgende Zu- bzw. Abschläge berechnet. Auf Großhandelsliste 1 für Beleuchtungsglas erfolgt für Hell- und Farbenglas ein Zuschlag von 25 Prozent, für Opal- und Überfangglas ein Zuschlag von 50 Prozent. Auf Großhandelsliste 2 für elektrotechnische Hohlglaswaren, auf Großhandelsliste 3 für Konservengläser, auf Großhandelsliste 4 für Hafen, Honiggläser usw. erfolgt ein Zuschlag von 25 Prozent; auf Großhandelsliste 5 für Trinkbecher, auf Großhandelsliste 6 für Likörflaschen usw. erfolgt kein Zu- oder Abschlag. Die bisher berechneten Gebühren für Innenverpackung und die bisher gewährten Wiederverkäufer-Rabattsätze bleiben daneben bestehen. Auf Großhandelsliste M 1 J für maschinengearbeitete Verpackungsgläser, M 2 J für maschinell hergestellte Flakons und Flaschen erfolgt kein Zu- oder Abschlag. Auf Großhandelsliste M 3 J für maschinell hergestellte Cremegläser aller Art erfolgt ein Abschlag von 30 Prozent. Verpackungsgebühren und Rabattsätze bleiben wie bisher. Harrasse werden mit 0,80 Goldmark, Vollkisten mit 1,00 Goldmark pro Quadratmeter Kistenfläche einschließlich Verpackungsmaterial berechnet.

Berlin. Die Sechserkommission des Reichskalirates beschloß eine Erhöhung der Kaliinlandspreise um 268,76 Prozent mit Wirkung ab 17. 9. Die Vertreter der Kaliwerkbesitzer stimmten gegen die Erhöhung, weil der von ihnen gestellte Antrag auf Wertbeständigkeit dieser Preise von den Vertretern der Landwirtschaft und den Arbeitnehmern abgelehnt worden war. Die Vertreter der Kaliwerkbesitzer erklärten, auf diese Wertbeständigkeit nicht verzichten zu können, weil sie ab 17. September auch ihre Kohlen wertbeständig bezahlen müssen. Bei den Materialien war dies sogar schon seit einiger Zeit der Fall, so daß die Kaliindustrie erhebliche Verluste bei den bisher nicht wertbeständigen Preisen erlitt, die sie ohne Gefährdung ihrer Existenz nicht weiter tragen kann. Da die heute beschlossenen Kalipreise trotz der Valorisierung der Kohlenpreise keine Valorisierungsklausel enthalten, werden die Kalipreise nunmehr jeden Tag erneut festgesetzt werden müssen, falls der Dollarkurs sich erhöht. Die Sechserkommission des Reichskalirates wurde daher bereits für den 18. September erneut zusammenberufen. Sie wird, so lange keine Valorisierung der Kalipreise beschlossen ist, jeden Tag tagen müssen.

Mit Wirkung vom 17. September erhöht sich der Richtpreis für Mauersteine N. F. auf 606 Millionen Mark für 1000 Stück; die übrigen Richtpreise erhöhen sich entsprechend.

Berlin. V.L.G., Leitungsdraht-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin, teilt mit: Im Einvernehmen mit der Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie, erfolgt bei Zahlung in Papiermark die Umrechnung der Papiermark in Goldmark mit Wirkung ab 18. Sept. auf Grund des am Tage des Einganges der Zahlung zuletzt bekannten Kassamittelkurses der Berliner Börse für den Dollar. Der Kassamittelkurs ist der Mittelwert aus dem Geld- und Briefkurs der Auszahlung Neuyork.

Löhne und Tarife

Berlin. Bei den Besprechungen im Reichsfinanzministerium am 15. September über die Anpassung der Beamtenbezüge an den veränderten Geldwert vom 16. September ab wurde die Meßzahl 2000 vereinbart. Die hiernach für das dritte Viertel des Monats September sich ergebende Zahlung soll am 19. September erfolgen. Alle näheren Angaben sind aus dem Reichsbesoldungsblatt erkenntlich.

Essen. Für das Straßenbahnpersonal des rheinisch-westfälischen Industriegebietes wurde gestern bei den Lohnverhandlungen der Spitzenlohn für die zurückliegende Woche von vier Millionen auf 7,7 Millionen pro Stunde erhöht. Für die laufende Woche beträgt der vorläufige Spitzenlohn 10 Millionen. Das Hausstands- und Kindergeld wird gleichfalls erhöht, und zwar für die laufende Woche auf 2 370 000 bzw. 3 Millionen pro Schicht. Die Löhne bedeuten eine Erhöhung des vorläufig festgesetzten Lohnsatzes für die vergangene Woche um 235 Prozent.

Warenmarkt

Berliner Metalle
Berlin, den 18. September 1923

Raffinadekupfer	50—52
Originalhüttenweichblei	26—28
Hüttenrohzink im freien Verkehr	29—31
Originalhüttenrohzink	— —
Plattenzink	21—23
Originalhüttenaluminium	— —
Hüttenaluminium in Walzen	— —
Bankazinn	180—190
Straitszinn	180—190
Australzinn	180—190
Hüttenzinn	170—180
Reinnickel	105—110
Antimon	24—26
Silber	4—4,2
Elektrolytkupfer	— —

Die Ziffern gelten in Millionen

Berlin, 18. Sept. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen Märkischer 270—300, Roggen Märk. 220—230, Sommergerste Märk. 245—260, Hafer Märk. 220—240, Weizenmehl 750 bis 850, Roggenmehl 600—700, Weizen- und Roggenkleie 190 bis 175, Leinkuchen 130—150, Zuckerschnitzel 100—110. — Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 6—7, Haferstroh 5,5—6,5, gebündeltes Roggenlangstroh 4—5, Heu gutes 5,5—6,5, Heu handelsüblich 5—6.

Kurse

Phantastische Devisensteigerungen

Berlin, 18. Sept. Im heutigen Vormittagsverkehr stiegen die Devisenkurse auf die starke Nachfrage hauptsächlich aus dem besetzten Gebiet in großen Sprüngen zu ganz phantastischer Höhe. Der Dollar wurde um 12 Uhr mit etwa 350 Millionen bewertet. Bald darauf erfolgten durch die Großbanken, hinter denen vermutlich die Reichsbank steht, beträchtliche Abgaben, die einen Sturz der Preise auf weniger als die Hälfte des bisherigen Standes ganz plötzlich bewirkten. Bei der amtlichen Notierung wurden dann die Preise nochmals um ein Geringes gesenkt und der amtliche Kurs für Neuyork stellte sich auf 150 Millionen. Gleich nach der amtlichen Feststellung zeigte sich wieder Begehr, und es wurde für das englische Pfund gegen 900 Millionen bewilligt. Neuerliche Abgaben der Großbanken drückten dann den Preis alsbald wieder auf 680 Millionen.

Der Dollar

Amtlicher Schwindelkurs

149 625 000 G 150 375 000 B

Zürich, 18. Sept. (Devisenkurse; ohne Gewähr.) Holland 223, Berlin 0,000002, Wien 0,008, Prag 16, Paris 32,65, London 25,75, Italien 24,85, Brüssel 27,05, Budapest 0,031, Neuyork 5,67, Agram 6,1, Warschau 0,002, Kopenhagen 101,50, Stockholm 149,75, Christiania 90,75, Madrid 76,5, Buenos Aires 186, Sofia 5,45.

Berlin, den 18. September 1923. Devisen-Kurse.

	18. 9. Geld	18. 9. Brief	17. 9. vor. Geldk.
Amstd.-Rd. 1 Fl.	58852500	59147500	51878000
Buen. Air. 1 Pes.	49276500	49523500	42892500
Christiania 1 Kr.	23940000	24060000	21147000
Kopenhagen 1 Kr.	27132000	27268000	23740500
Stockholm 1 Kr.	39700500	39899500	35112000
Helsingf. 1 f. M.	3990000	4010000	3551100
Italien 1 Lira	6583500	6616500	5785500
London 1 Pfd. St.	678300000	681700000	598500000
New-York 1 Dollar	149625000	150375000	131869500
Schweiz 1 Frcs.	26334000	26466000	23541000
Spanien 1 Pes.	20149500	20250500	17755500
Japan 1 Yen	71820000	72180000	642[illegible]9000
Rio 1 Milreis	14463750	14536250	12967500
Wien 100 Kr.	214462	215538	187530
Prag 1 Kr.	4488750	4511250	3990000
Agram 1 Dinar	1596000	1604000	1416750
Budapest 1 Kr.	7880	7920	7180
Sofia 1 Leva	1416450	1423550	1276802

Berlin, den 18. September 1923. Noten.

	18. 9. Geld	18. 9. Brief	17. 9. vor. Geldk
Amerikan. Noten	149625000	150375000	131869500
Englische „	678300000	681700000	598500000
Italienische „	6583500	6616500	5785500
Rumänische „	598500	601500	648375
Schweizer „	26334000	26466000	23541000
Türkische „	—	—	—
Tschechische „	4488750	4511250	3990000
Kleine Tschechen	4488750	4511250	3990000
Österreich. abgest.	214460	215540	187530
„ neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	50000	—	45000
Holländische „	58852500	59147500	51870000
Ungarische „	5785	5815	4987

Dollarmittelkurs. Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars ist am 18. Sept. 150 Millionen Mark.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Ragl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Jos. Pickl. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Mittwoch — Donnerstag — Freitag — Samstag
Ausnahme-Angebote
weit unter jeweiligem Tagespreis
Weißwaren
Hemdentuche — Bettstoffe — Handtücher
Baumwollwaren
Hemdenflanelle — Bettzeuge — Dirndlstoffe
Herrensocken — Damenstrümpfe
Herrentrikotagen — Damenwäsche
Taschentücher
— Mengenabgabe vorbehalten —
Die Anzahlungskassa ist weiterhin geöffnet
HORN am Stachus

Münchener Theater- und Vergnügungs-Anzeiger

Münchener Theater
National-Theater Mittwoch, 19. Sept., abds. 7 Uhr: Alt-Heidelberg. Donnerstag, 20. Septbr.: Geschlossen.
Residenz-Theater Mittwoch, 19. Sept., abds. 7.30 Uhr: Das Konzert. Donnerstag, 20. Septbr., abds. 7.30 Uhr: Jan, der Wunderbare.
Prinzregenten-Theater Mittwoch, 19. Sept.: Geschl. Donnerstag, 20. Septbr., nachm. 4 Uhr: Tannhäuser.
Münchner Künstler-Theater Mittwoch, 19. Sept.: Geschl. Donnerstag, 20. Septbr., abds. 7 Uhr: Maß für Maß.
Theater a. Gärtnerplatz Mittwoch, 19. Sept., abds. 7.30 Uhr: Detektivmädl. Donnerstag, 20. Septbr., abds. 7.30 Uhr: Detektivmädel.
Schauspielhaus Mittwoch, 19. Sept., abds. 7.30 Uhr: Schneider Wippel. Donnerstag, 20. Septbr., abds. 7.30 Uhr: Schneider Wippel.
Operettenbühne (Lustspielhaus) Mittwoch, 19. Sept., abds. 7.30 Uhr: Madame Pompadour. Donnerstag, 20. Septbr., abds. 7.30 Uhr: Madame Pompadour.
Volks-Theater Mittwoch, 19. Sept., abds. 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim. Donnerstag, 20. Septbr., abds. 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Münchner Theater (Blumensäle) Mittwoch, 19. Sept., abds. 7.30 Uhr: Palm und Napoleon. Donnerstag, 20. Septbr., abds. 7.30 Uhr: Palm und Napoleon.

Wien-München Hotel Wagner Sonnenstr. 23 Telephon 53464 Direktion Max Pfahler. Täglich abends 8 Uhr Kurt Graf Harry Joost Ab 10½ Uhr Bar Wien-München

Hofgartenspiele Annast München, Odeonspl. 18 Inhaber und Leiter: Gusti Annast Telephon 23691, 28281 Täglich Lustige Vortrags-Abende Gastspiel Elise Aulinger v. Münchn. Schauspielh. Carl Wolf der fahrende Matrose Hildegard Ullrich Alois Pöschl Joe Erics Carl Doerr Simon Mayerhofer Ab 11 Uhr WIENER Schrammelmusik mit Stimmungs-Sänger

Tabarin Luitpold Dir.: Anton Schneider Art. Leit. J. Ambrunn Salvatorplatz 4. Tel. 27799 Septemberprogramm Ilse u. Fernand La Morello 2 Drankow Hansi Berg Tanzorchesterleitung: Fränzis Schmitt Bei ungünstiger Witterung Sonntags 4 Uhr TANZ-TEE

Gaststätten Humplmayr München, Maximiliansplatz 17 Telephon Nr. 27615 Vorzügliche Küche Bestgepflegte Weine Täglich Künstlerkonzert JOHANN SCHOTTENHAMEL

Gaststätte Malkasten München, Augustenstr. 78, Tel. 54700 Vorzüglicher Mittag- u. Abendtisch Täglich Künstlerkonzerte Bunte Vorträge BESITZER JOSEF VOGL

Diana Ecke Adalbert- u. Nordendstraße Tel. 34059

Weingaststätte Damböck Barer Straße 55 Telephon 28316

Löwenbräu-Keller Täglich Konzerte

Der Münchener Treffpunkt für Fremde und Einheimische ist das **Hofbräuhaus am Platzl**

Kleinbühne BENZ Leopoldstraße 50 / Telephon 30495, 30341 Gastspiele allererst. Künstler

SERENISSIMUS Am Siegestor Dir. F. RANDOW Fernruf 31491 Karl Bernhard, Otto Stoeckel in „Sketch Eifersucht", Fritz Randow, Hertha Loewe in „Kleine Geisha" u. das große Programm. Kein Weinzwang.

POSTKARTEN vom DEUTSCHEN TAG in Nürnberg und von unserem Führer ADOLF HITLER erhältlich in der Deutschvölk. Buchhandlung, München, Thierschstr. 15

Christliche Preise zahle ich für alle Briefmarken sowie Ganzsachen und Sammlungen. Einsendungen werden binnen 24 Stunden erledigt. [illegible] M. 1 000 000,— und mehr das Kilo. **Briefmarken-Börse** Inhaber: W. Lennarz Lübeck, Mühlenstraße 21

Fahnen aller Art liefert prompt und preiswert **Robert Träger, Pirna i. Sa.**

ANZEIGEN im „Völkischen Beobachter" haben stets Erfolg

Ankauf von **Brillanten** Gold- u. silb. Herrenuhren Gebisse — Zähne — Platin Gold- u. Silbergegenstände **Hans Bermüller** Kapellenstr. 3/I beim Karlstor (neben Oberpollinger), gegenüber Café Fürstenhof / Fernsprecher Nr. 53816 Separate Ankaufsräume

Deutsche Firmen kaufen vorteilhaft ihren gesamten **BÜROBEDARF** bei der Holzhandels- und Büroeinrichtungs-Gesellschaft m. b. H. Pasing, Marienplatz (Laden), Tel. 80646. Neu aufgenommen Schreibmaschinenreinigung u. -Reparaturen aller Systeme in u. außer Haus.

Suche dringend **Eisen** sowie sämtlich. Altmetalle, Zeitungen, Lumpen, Stampf usw. Rohproduktenhandlung **Georg Rauscher · München** Westendstr. 98 / Tel. 60728 / Freie Abholung

Heilanstalt für **Haut- und Geschlechts-** Haar- u. Harnleiden, Sex. Neurasth. Sprechstunden: 10—1 und 5—6½ Uhr **Dr. med. J. Kopp** Dachauer Str. 15, nächst dem Hauptbahnhof

Das neue **Schlageter-Sturmlied** von Ernst Hanfstaengl Klavierausgabe zu beziehen durch **MAX HIEBER, München** Marienplatz Nr. 18 Ausgabe für Militär-Orchester zu beziehen durch den Komponisten per Adresse Max HIEBER, München, Marienplatz Nr. 18

Reichsflagge (e. V.) Ortsgruppe Leerstetten Am Sonntag, den 30. September 1923, findet in Leerstetten **Deutscher Tag** verbunden mit „Flaggenweihe" statt, wozu sämtliche vaterländischen Verbände geziemend eingeladen werden. — Zuschriften über Beteiligung, Stärkeausweis usw. an Herrn Lehrer Precht in Leerstetten bei Nürnberg bis 23. Sept. erbeten. Die Bezirksgruppenleitung.

Stellenmarkt

Jg. Mann Zahntechniker (18 Jhr.), Sekunda der Oberrealschule, findet in seinem Beruf kein Auskommen mehr und daher in größte Not geraten, sucht auf diesem Wege irgendw. passende Stellung. Angeb. unt. 1562 an die An.-Abtl. d. Bl.

Junger Mann 18 Jahre, kräftig, sucht Arbeit gleich welcher Art, am liebsten in Land- oder Forstwirtschaft. Lohn Nebensache. Zuschriften an **Herbert Kuhnt**, Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig.

Verschiedenes

Offizier, 30er Jahre und **Volkswirtschaftler,** 24 Jahre, beide deutschvölkisch, wünschen mit 2 Damen aus der Landwirtschaft, am liebsten Freundinnen, in schriftliche Verbindung zu treten zwecks späterer **Einheirat** in den Betrieb. Angeb. unter 1559 an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.

Kaufmann auch in Landwirtschaft ausgebildet, stramme Erscheinung, sucht auf diesem Wege zwecks **Einheirat** in Geschäft oder landwirtschaftl. Betrieb mit echtem deutschen Mädel oder jungen Witwe in Verbindung zu treten. — Gefl. Zuschriften unter 1560 an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.

Neufundländer Hündin 4 Jahre alt, mit prima Stammbaum, sehr wachsam, ist an gute Hände sehr preiswert zu verkaufen. **Schellingstr. 41, Hausmeister**